

DIE SICHEL

Vom Glück auf dem Feldherrenhügel Austria as it is 2023

Nach Motiven von Charles Sealsfields
Austria as it is (1828)

von

ERWIN RIESS

Redaktion: Walter Famler

NACHDRUCK GEBOTEN

Preis dieser Nummer 50 Cent = 700 Groschen

ERSCHEINT IN ZWANGLOSER FOLGE

ALTE SCHMIEDE WIEN

1. Schönlaterngasse 9 Tel. 512 83 29

DIE KRISE DER VOLKSPARTEI

Konservative Wende oder konservatives Ende

Die ÖVP befindet sich nach der Ära Kurz in der größten Krise ihrer Parteigeschichte. Bereits zwei Mal tauschte die Partei in der laufenden Legislaturperiode den Kanzler. Gegen die Partei selbst und viele ihrer (ehemals) führenden Repräsentanten laufen strafrechtliche Ermittlungen. Wird die Volkspartei so zerfallen wie ihre italienischen und französischen Schwesterparteien? Seit Jahren sucht die Volkspartei ihre Rettung in der Übernahme rechtsextremer Positionen, Teile der Partei stellen die Menschenrechtskonvention in Frage. An die Stelle einer modernen Europapolitik sind Allianzen mit Europas autoritären Regierungen getreten. Ist die Volkspartei also am Weg in den Untergang?

Nikolaus Dimmel / Alfred J. Noll

RECHT. KAPUTT.

Eine Ruinenbesichtigung

Nach fast vier Jahrzehnten praktischer Arbeit als Juristen legen Nikolaus Dimmel und Alfred J. Noll ein famoses und nicht minder niederschmetterndes Resümee über die Entwicklung und den Zustand des Rechts in Österreich vor. Die beiden Autoren nehmen die bestehende Kluft zwischen den politischen Eliten und denen, die sich dazu zählen, und den Normadressaten, also jenen, die gehorchen müssen, als Ausgangspunkt: Diese Kluft wird erkennbar größer – und das «bürgerliche Recht», das einst doch allen versprach, als Gleiche behandelt zu werden (zumindest vor dem Gesetz, wenn schon nicht im tatsächlichen Leben!), schafft heute immer mehr Ungleichheit. Was das Recht einst versprach, die Sicherheit von Erwartungen und die Begrenzung von drohendem Ungemach, das ist verschwunden: Recht. Kaputt.

VORSPANN

Österreich wie es ist

Mea ois wia mia lautet das Gastlandmotto zum Österreich-Auftritt bei der diesjährigen Leipziger Buchmesse. Der Slogan – in offizieller Übersetzung als *mehr als wir* zu lesen – sei, laut künstlerischer Gastlandleiterin, als »Gegenkonzept zum nicht nur in Österreich nach wie vor tief wurzelnden *mia san mia*« eronnen worden und soll »auf den wahren Reichtum unseres Landes verweisen«, der bekanntlich »in seiner literarischen und kulturellen Qualität liegt«.

Dass kultureller Überbau den ökonomisch-politischen Unterbau ausnahmsweise auch kritisch widerspiegelt, wird das eine oder andere in Leipzig vorgeführte Kunstprodukt wohl belegen können. Um jedoch einige selten bis nie beleuchtete Fundamente des austriakisch-perfiden Keller- und Fassadenbaus kohärent aufzuzeigen, haben wir für die vorliegende *Sichel* einen dafür mehrfach prädestinierten Autor eingeladen, in Anknüpfung an Charles Sealsfields legendäre Österreichbeschreibung über den Staat kritisch sich zu äußern, in dem sowohl der metternich'sche als auch der nationalsozialistische Ungeist weithin noch verbreitet sind.

Seit über dreißig Jahren übt Erwin Riess in Form von Romanen, Theaterstücken, Essays, Polemiken und Glossen Fundamentalkritik an den politischen und ökonomischen Verhältnissen Österreichs mit Blickwinkel weit darüber hinaus und, auch als Rollstuhlfahrer, mit sarkastisch-humorvoller Sicht von unten auf stupid-reaktionäres Oben wie Unten, ohne dabei die Perspektive auf längst fällige soziale Veränderungen außer Acht zu lassen. Über ein Jahrzehnt hat Riess auch die Zeitschrift *der streit* herausgegeben. An das für unser Thema aufschlussreiche, aber nur mehr antiquarisch erhältliche Heft *Die Demolierung Österreichs oder Der Weg in den demokratischen Faschismus* mit Texten von Peter Turrini, Michael Scharang, Elfriede Jelinek und Lutz Holzinger aus dem Jahr 1987 möchten wir an dieser Stelle erinnern, bevor wir Erwin Riess' Parcoursritt über den Wiener Kongress und die Erste Republik in die gegenwärtige Verlüderung Österreichs zur Lektüre empfehlen. Erwins Wunsch, die alte Rechtschreibung beizubehalten, kommen wir dabei gerne nach.

Walter Famler

ERWIN RIESS

**Vom Glück auf dem Feldherrenhügel
Austria as it is 2023**

Nach Motiven von Charles Sealsfields

Austria as it is (1828)

**Teil I
Metternichs Gespenster**

1828 erschien in London eine Streitschrift, die rasch Verbreitung fand und in mehrere Sprachen übersetzt wurde. Über die Identität des anonymen Verfassers wurde in Zeitungen und Intellektuellenkreisen gerätselt. *Austria as it is* beschrieb das Metternich'sche Österreich mit sarkastischem Witz und großem Wissen um die agrarischen und ökonomischen Verhältnisse. Besonderes Augenmerk legte der Verfasser auf die Herrschaftsstrukturen des Habsburgerreiches. Jemand, der die diversen Abteilungen des Adels in allen politischen und ökonomischen Untergliederungen derart genau beschreiben konnte, müsse selbst aus Adelskreisen kommen, sagten die einen. Es könne sich nur um einen gebildeten Ausländer mit diplomatischem Hintergrund handeln, die anderen.

Im Jahr 1854 wurde im schweizerischen Solothurn bei der Eröffnung des Testaments eines zurückgezogen lebenden Privatiers das Geheimnis der Urheberschaft der Streitschrift gelüftet. Es handelte sich um den in den 1830er und 1840er Jahren populären und geschätzten österreichisch-amerikanischen Schrift-

steller Charles Sealsfield. Einen Mann, der Zeit seines Lebens Schwierigkeiten mit den österreichischen Behörden hatte und sich nach seiner Rückkehr aus den USA in der Schweiz niederließ. In Österreich, so seine begründete Befürchtung, würde man ihn einkertern.

Der Mann mit dem späteren Pseudonym Sealsfield wurde 1793 als Carl Anton Postl im mährischen Weinhauerdorf Popice bei Znojmo/Znaim geboren. Heute erinnern das restaurierte Geburtshaus, das zu einem Museum ausgebaut wurde, und eine Weinschenke »Sklípek u Sealsfielda« an den großen Sohn des Dorfes. Sein Vater, ein wohlhabender Winzer, schickte den talentierten Buben auf Anraten des Pfarrers nach Znojmo/Znaim aufs Gymnasium. 1808 übersiedelte der junge Mann nach Prag und studierte Theologie, 1810 trat er dem Kreuzherrenorden bei und brachte es rasch bis zum Sekretär des Großmeisters. Der Kreuzherrenorden mit dem Roten Stern wurde im Jahr 1233 von der heiligen Agnes gegründet und ist der einzige von einer Frau gegründete männliche Kirchenorden der Welt. Noch aus einem weiteren Grund ist der Orden von Bedeutung: In der Kreuzherrenkirche an der Karlsbrücke wurde 1841 zum ersten Mal in Tschechien Bier in Flaschen abgefüllt. So nahe standen sich Katholizismus und Sinnenfreude einander selten. Neben vielen Niederlassungen in der Tschechischen Republik ist der Orden gemeinsam mit dem Opus Dei auch in der Wiener Karlskirche tätig.

In Postls jungen Jahren verkehrte der Großmeister des Kreuzherrenordens mit dem Roten Stern in den Kreisen der freimaurerischen Prager Aristokratie, folglich tauchte auch sein Sekretär tief in die maurerische und liberale Gedankenwelt ein. Aber 1823, er war dreißig Jahre alt, endete Karel Postls Karriere abrupt. Gerüchte deuteten auf ein versuchtes Gewaltverbrechen

Postls am Großmeister hin. Was dem vorangegangen war, liegt bis heute im Dunkeln. Jedenfalls muß das Vergehen schwerwiegend gewesen sein, denn Carl Postl verließ Prag fluchtartig und emigrierte via Hamburg in die USA.

Dort bereiste er den Westen und den Süden – Texas war damals noch Teil Mexikos – und erfand für sich eine neue Identität. So lebte er in Pennsylvanien als protestantischer Geistlicher, ebenso wie in New Orleans. 1826/27 hielt er sich in London auf, schrieb für diverse Zeitungen und publizierte Reiseberichte. *America as it is* erschien in zwei Bänden und erregte einiges Aufsehen am alten Kontinent. Dennoch muß Postls finanzielle Lage prekär gewesen sein, anders ist nicht zu erklären, warum er bei Staatskanzler Metternich, den er in seinen Schriften als Hort der Reaktion geißelte, als Geheimagent anheuern wollte, übrigens ohne Erfolg. Nach seiner Rückkehr in die USA arbeitete Sealsfield in New York City als Journalist und pflegte Umgang mit Joseph Bonaparte, dem älteren Bruder Napoleons, der seinem Bruder als König von Spanien und Neapel gedient hatte und nach dessen Verbannung von einer entlegenen Insel im Mittelmeer auf eine entlegene Insel im Atlantik ebenfalls in die USA emigriert war.

Ende 1830 wechselte der Monarchiefüchtling Sealsfield wieder nach Europa. Mittlerweile durch seine literarische Produktion zu Geld gekommen, ließ er sich in der Schweiz nieder. Mehrere Romane, die im Land des Wilden Westens spielten, wurden von der Presse ihrer realistischen Sprache und exotischen Schauplätze wegen gelobt, erwiesen sich aber auch als Verkaufserfolge. In jenen Jahren versuchten etliche europäische Autoren in den Vereinigten Staaten Fuß zu fassen, der Nimbus des Neuen und Unverbrauchten strahlte weit. Unter den vielen Hoffnungsuchenden befanden sich neben Charles Dickens und

Nikolaus Lenau auch Friedrich Gerstäcker und Balduin Möllhausen, der einige Zeit bei Indianerstämmen lebte und eine Hauptquelle für Karl Mays Romane war. Dickens und Lenau wandten sich aber schon bald von dem jungen Staatenbund ab. »Das wahre Land des Unterganges«, urteilte Lenau. Auch Sealsfield, wie Postl sich nun nannte, war von den brodelnden Städten, in denen Verbrecherclans und grenzenlose Raffgier die Macht übernommen hatten, wie sie in Martin Scorseses historischem Kriminalfilm *Gangs of New York* (2002) beschrieben werden, angewidert. Er war Augenzeuge einer Entwicklung geworden, die als »ursprüngliche Akkumulation« in die Wirtschaftsgeschichte eingegangen ist und im Kern die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln bedeutet, wodurch wiederum große Teile der agrarischen Schichten in die große Industrie gezwungen werden. Wer diesen Prozeß nicht am eigenen Leib erfahren mochte, konnte sich aber immerhin einem Treck in den Westen anschließen und dort auf Abenteuerreise gehen.

Die Entwicklungen in den amerikanischen Städten, die in aller Drastik das Recht des Stärkeren vorführten, waren der Grund für Sealsfields mehrfach wiederholte Versuche, sich wieder in Europa anzusiedeln. Sein Pseudonym Sealsfield/Spiegelfeld wurde auf den Riednamen eines Weinberges zurückgeführt, was durchaus plausibel erscheint. Postls Heimatdorf Popice ist heute als langgestrecktes Weinhauerdorf von Weinbergen umgeben, dem Pseudonym ähnlich lautende Rieden gibt es zuhauf.

Eine kurze USA-Reise 1837 diente der rechtlichen Absicherung von Sealsfields amerikanischem Status, ein weiterer USA-Aufenthalt von 1853 bis 1858 brachte ihm offiziell die ersehnte amerikanische Staatsbürgerschaft ein. Über Seals-

field existiert umfangreiche Sekundärliteratur, es gibt auch eine Sealsfield-Gesellschaft, die den Schriftsteller und Reisenden weiter erforscht.

Sealsfields Hintergrund

Österreich nach Napoleon und dem Wiener Kongreß 1815

Die endgültige Niederlage Napoleons führte zu einer Refeudalisierung Europas, welche mit einer Neuauflage des höfischen Absolutismus einherging. Nach den Jahren der Napoleonischen Kriege sollten die fünf großen Mächte in einer balancierten Friedensordnung kooperieren oder zumindest in Frieden nebeneinander leben. Orchestriert wurde diese Politik im Auftrag Kaiser Franz des Ersten von Staatskanzler Metternich, dem Architekten des Wiener Kongresses. *Le beau Clément*, wie Napoleons Außenminister, Talleyrand, Metternich in Anspielung auf dessen erotische Eskapaden nannte. Es sei Talleyrands schwere Gehbehinderung, wahrscheinlich auf eine Polio-Infektion zurückzuführen, die den Gezeichneten voll Neid auf »gesunde« Zeitgenossen blicken ließ – so das Urteil vieler, die Talleyrands politische Wendigkeit verabscheuten. Talleyrand selbst schützte einen Unfall zur Erklärung seiner Behinderung vor. Damals war die Ansicht, körperbehinderte Menschen seien auch mental behindert, vorherrschend. In rückständigen Gegenden Österreichs und Osteuropas ist diese Auffassung bis heute nicht überwunden.

Seit 1806 war Metternich Botschafter des Habsburgerreiches in Paris; er traf den Kaiser der Franzosen häufig zu langen Ge-

sprächen. Schon 1788 hatten sich beider Wege gekreuzt, als der siebzehnjährige Metternich mit Napoleon für kurze Zeit an einer der damals fortschrittlichsten Universitäten, jener von Straßburg, studierte und in manchen Fächern dieselben Lehrer hatte. Napoleon suchte den Kontakt zu dem intelligenten und charmanten Österreicher rheinländischer Herkunft. Metternich schätzte den Korsen wegen dessen Literaturkenntnis – Napoleon hatte nicht nur die französischen Enzyklopädisten und Aufklärer studiert, wobei Rousseau und Voltaire besonderen Eindruck bei ihm hinterließen; neben dem Studium militärischer Standardwerke hatte er sich auch eingehend mit der Geschichte des Altertums und der Araber beschäftigt. Goethes *Leiden des jungen Werther* las er mehrmals. Metternich bewunderte Napoleons rasche Auffassungsgabe und militärische Kühnheit, er bewunderte den Lebensweg des ehrgeizigen Revolutionärs, der in kleinadligen aber ärmlichen Verhältnissen als zweites von dreizehn Kindern aufgewachsen war und es vom gesellschaftlichen Nobody zum Herrscher über halb Europa gebracht hatte. Ein Elon Musk der Französischen Revolution. Auch fädelte er auf Drängen Napoleons, dessen größter Wunsch es war, eine Dynastie zu begründen, die Vermählung mit der habsburgischen Kaisertochter Marie Louise ein, welche dann auch mit dem ersehnten Sohn niederkam. Gleichzeitig fürchtete Metternich Napoleon aber auch; in nur fünfzehn Jahren hatte der Korse Europa in ein Schlachtfeld verwandelt, und es handelte sich dabei nicht nur um die transformierte Rache eines abgeschiedenen Insulaners am weltoffenen Festland. Von seinem Ausguck in der Inselhauptstadt Ajaccio nutzte Napoleon den verfremdeten Blick auf das revolutionäre Frankreich. Die Bruchlinien der Gesellschaft, die gleichzeitig Einfallstore für ein neues Zeitalter eröffneten, sah er als erster. Eine historische Parallele zu Antonio

Gramsci, der sich hundert Jahre nach Napoleon von Sardinien aufmachte, die Honorationenmonarchie Italien umzustürzen und auf den Trümmern eine sozialistische Republik zu errichten. Dem Inselblick auf das Festland wohnt immer etwas Umstürzlerisches inne, die mit der Abgeschlossenheit einhergehende Entfremdung schärft den Blick und stellt die Wirklichkeit bloß. Wehe dem Land, das über keine Inseln verfügt.

Metternich respektierte Napoleon; gleichzeitig verabscheute er ihn aber auch. Der große Kaiser der Franzosen war für ihn die fleischgewordene Revolution, und nichts haßte Metternich mehr als den Umsturz der alten Ordnung mit ihren klaren Hierarchien und berechenbaren Machtverhältnissen. Aus diesem Grund zimmerte er am Wiener Kongress von 1815 eine antibürgerliche Koalition der fünf großen Reiche: Habsburg-Österreich, Rußland, Preußen, das nachrevolutionäre Frankreich und England. Erweitert wurde das Bündnis um den Kirchenstaat, einem Hauptgewinner des Wiener Kongresses. Außerdem wurden eine Übereinkunft zur Freiheit der internationalen Schifffahrt getroffen und eine Zentralkommission für die Rhein- und Donauschifffahrt etabliert – die erste internationale Organisation und zugleich die älteste heute noch bestehende.

Die Refeudalisierung Europas sollte die überall aufkeimenden nationalen Bestrebungen des nach politischer und ökonomischer Bewegungsfreiheit strebenden Bürgertums eindämmen, wenn nicht brechen. Sollte es dennoch zu Aufständen kommen, wurde jedem Teilnehmerstaat der Pentarchie das Recht auf militärische Intervention beim Nachbarn zugestanden. Eine frühe Breschnew-Doktrin.

Weil sich aber die bürgerlichen Revolutionäre des Kontinents in die Fahnen des Nationalismus drapierten, mußte dieser in-

nenpolitisch unter Kontrolle gehalten werden. Dies sollte durch polizeistaatliche Methoden einschließlich eines weitverzweigten Spitzel- und Denunziantenwesens nach dem Vorbild der Toskana und Neapels geschehen. Zeit seines Lebens verfolgte Metternich die unternehmerische Umtrieblichkeit des Bürgertums mit Argwohn. Er vermutete nicht zu Unrecht, daß eine Klasse, die die große Ökonomie und die Zukunft vor sich wähnte, über kurz oder lang auch die politische Macht einfordern würde – ein Prozeß, der sich in der Habsburgermonarchie im Sturmjahr 1848 und in der kurzen Blüte des Liberalismus nach der Niederlage von Königgrätz gegen die Preußen und dem durch sie erzwungenen Ausgleich mit Ungarn ausdrücken sollte. Beide Anläufe, der politische von 1848 und der ökonomische der Boomjahre 1867 – 73, scheiterten, den ersticken Ausbrüchen folgten die Phasen des Neoabsolutismus nach 1848 und der Stagnation nach dem Börsenkrach von 1873 bis zum Ende des Jahrhunderts.

Während in anderen Teilen Europas sich der moderne Kapitalismus samt seinem Antipoden, der Arbeiterklasse, herausbildete, tendierten die Kräfte der Industrie in der Habsburger-Monarchie für Jahrzehnte seitwärts. Die industrielle Bourgeoisie und Teile des mit dem stürmischen jungen Kapital verbündeten Großadels vermochten die föderalen und ständischen Ketten nicht abzuschütteln. So lastete der Druck eines eigentümlichen Klassenkompromisses schwer auf dem Land. Der vom Hochadel und der katholischen Kirche getragene Absolutismus sah sich von liberalen Tendenzen behindert, gleichzeitig blieb das ehrgeizige Unternehmertum aus Feigheit und Bequemlichkeit auf seinen himmelstürmenden Plänen sitzen und entwickelte eine ausgeprägte Unkultur der Mißgunst, des Verzagtseins und des Neids. Anstatt für die neue Zeit zu

kämpfen, verströmte es seine Energien in Geselligkeitsvereinen, ewigglichen Landpartien und Intrigen, deren Qualität selten teuflische Höhen erreichte und meist im Lächerlichen verblieb. Was Friedrich Heer hundert Jahre später die für Österreich prägende »uneigennützigte Gemeinheit« nennen sollte, hat hier seinen Ursprung. Wenn man schon keine Fabrik eröffnen konnte, lockte doch die Aussicht auf eine Nobilitierung, ein kleiner Adelstitel entschädigte für den Verlust der unternehmerischen Karriere. Und über allem thronte die Dynastie und verwaltete den Stillstand mittels immer neuer Verfeinerungen der Kanzleiordnung.

Im Gegensatz zur landläufigen Ansicht handelte Metternich sowohl im Äußeren als auch im Inneren in enger Abstimmung mit Kaiser Franz I. In der neueren historischen Literatur wird der Gedanke, daß Metternich seinen Kaiser dominierte, verworfen. Tatsächlich scheint es so gewesen zu sein, daß der Kaiser und sein Staatskanzler in großer Eintracht die Linien der Politik festlegten, und der Umstand, daß der Kaiser gern im bürgerlichen Frack auftrat (welcher damals einem alltäglichen Gehrock entsprach), während sein Nachfolger Franz Joseph sich immer in der Uniform eines Generalfeldmarschalls zeigte, hat wenig zu besagen. Franz war leutselig und in Maßen gesellig, gleichzeitig war er von seinem Gottesgnadentum überzeugt und verfolgte liberale und demokratische Bestrebungen mit ganzer Kraft. Kanzler Metternich unterstützte diese Politik leidenschaftlich, und der Polizeihauptmann von Wien, Graf Sedlnitzky, dirigierte einen Apparat von mehreren Tausend Spitzeln und Denunzianten im In- und Ausland.

Doch zurück zur doppelten Leistung Metternichs. Dem Stillstand um jeden Preis im Inneren steht seine europapolitische Dimension gegenüber. Der große Verhinderer politischer Frei-

heiten im Inneren schaffte es gleichzeitig durch unermüdlichen diplomatischen Einsatz, Kriege auf dem Kontinent der Kriege für mehrere Generationen zu verhindern. Bis zum Krimkrieg von 1853 bis 1856 blieb Europa von großen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten verschont. Der Krimkrieg war der einzige Krieg von gesamteuropäischen Dimensionen in den hundert Jahren zwischen dem Wiener Kongreß von 1815 und dem Ersten Weltkrieg 1914-1918.

Im Inneren aber, und das ist jener Bereich, der den politischen Autor Sealsfield interessierte, mußte jedes Wort von einem Zensor genehmigt werden. Was Nestroy zu der Bemerkung veranlaßte, ein guter Schriftsteller müsse in der Lage sein, den Zensor sprachlich zu überlisten. Andernfalls taue er nichts. Graf Josef Sedlnitzky, Leiter der Polizei- und Zensurhofstelle zu Wien, der dieses Amt seit 1817 einunddreißig Jahre lang bis zur Revolution 1848 ausübte, war ein Buchhalter der Macht. Gemeinsam mit Staatskanzler Metternich und Kaiser Franz I. bildete er das Dreigestirn der absolutistischen Reaktion.

Der deformierte österreichische Kapitalismus wird von den Nazis gerettet

Die Konsequenz des absolutistischen Kampfes gegen das Bürgertum war die Verdrängung des Industriekapitals aus den Städten. Rund um die Haupt- und Residenzstadt durften auf Befehl des Kaisers keine Schloten rauchen. Fabriken mußten in das Wiener Neustädter Becken ausweichen, das sich durch die Zwänge einer mächtigen ursprünglichen Akkumulation von einer rückständigen agrarischen Region zur Kinderstube des modernen österreichischen Kapitalismus mauserte.

Die Gängelung der Industrie in den Städten zog aber noch eine weitere Deformation des bürgerlichen Zeitalters nach sich. Die in ihrem produktiven Drang behinderten Bourgeois blähten die Finanzsphäre auf und schufen ein überdimensioniertes Bankkapital, das bis in die 1930er-Jahre die Ökonomien der zentral- und osteuropäischen Staaten dominierte und sich mit dem deutschen und französischen Bankkapital einen unerbittlichen Konkurrenzkampf lieferte.

Diese Art der nachholenden ökonomischen inneren Kolonisierung der Monarchie lebte nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staatenwelt nach 1989 wieder auf. Die »Erste Bank« eroberte führende Positionen in Tschechien und Kroatien, der Raiffeisenfinanzsektor in Osteuropa und Russland. Zeitweilig warf das Ostgeschäft mehr als ein Drittel der Gesamtgewinne dieser Bankenkonzerne ab. Dies ist auch der Grund dafür, daß die Raiffeisenzentralbank auch heute noch, ein Jahr nach dem Überfall Russlands und der Verhängung der weitreichendsten Sanktionen, die je gegen einen staatlichen Aggressor erlassen wurden, mit 1500 Filialen in Russland investiert bleibt. Es steht zu viel Profiterwartung auf dem Spiel.

Die große Industrie war objektiv betrachtet ein Geschenk der Nazis an Nachkriegsösterreich. Die Kriegsführung des Deutschen Reiches brauchte aus Gründen der Logistik überdimensionierte Grundstoffbetriebe in der Nähe der Donau, welche im Rahmen des »Generalplans Ost« die zentrale Entwicklungsachse des deutschen Lebensraumgewinns im rückständigen Osten des Kontinents bilden sollten. Den hundert Millionen Menschen des »vergessenen Europas« maß die deutsche Herrenrasse dieselbe Rolle bei, die das nach Westen drängende Ag-

rar-, Rohstoff- und Eisenbahnkapital der USA für die dortigen Einwohner vorgesehen hatte: Ausbeutung, Sklaverei, Vernichtung.

Linz war um 1800 eine Textilhauptstadt, Zigtausende Menschen arbeiteten unter dem unerbittlichen Ausbeutungsregime des unternehmerischen Verlagssystems. Die Stadt versank tief im katholischen Sumpf des Mühl- und Innviertels und des Salzkammerguts. In letzterem gelang Rom die Rekatholisierung nur lückenhaft, während sie im flachen Teil des Landes mit grausamer militärischer Gewalt gegen revoltierende Bauern und vom rechten Religionsweg abgekommene Untertanen vorging. Die Symphonien Anton Bruckners und die Romane Adalbert Stifters geben Zeugnis von Tiefe und Umfang der siegreichen Konterrevolutionen.

Erst die Nazis rissen die verschlafene Beamten- und Schulstadt durch ihre Großinvestitionen in die Stahl- und Chemieindustrie aus der geistlosen Sphäre des kleingewerblichen Dahinwurstelns. Friedrich Engels muß auch das österreichische Kleinbürgertum vor Augen gehabt haben, als er ausrief, die Kleinbürger, die in all ihren Fasern die erwachende Arbeiterklasse in die Hölle der Unmündigkeit zurückstoßen, seien die mieseste Gruppe, die je in die Geschichte hineingepfuscht habe. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen. Die Kunde vom revolutionären Elan Adelheid Popps, der Rosa Luxemburg von Wien, war bis Deutschland und England gedungen, Friedrich Engels und August Bebel lernten die begabte Agitatorin auf einem Kongress der II. Internationale in Zürich 1892 kennen und waren von der jungen Frau beeindruckt. Als sie von ihr erfuhren, daß sie unter ihrer zänkischen und engherzigen Mutter litt, beschlossen die beiden, bei einem Besuch Viktor Adlers einen

Nachmittag nach Ottakring, damals ein Arbeitervorort Wiens, zu fahren. Vielleicht wäre es möglich, die Mutter für die Ideen der neuen Zeit zu öffnen, so daß sie ihre Tochter mit anderen Augen sehen lernen und im besten Fall ein wenig Stolz auf das Kind entwickeln würde, welches sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf der Unwissenheit gezogen hatte. So war die Hoffnung der beiden gutgekleideten älteren Herren, die im Arbeiterquartier der Popp vorstellig wurden. Die Mutter meinte in den beiden Männern lüsterne Brautwerber zu erkennen; als sie die wahre Identität der beiden erfuhr, warf sie die Ikonen der internationalen Arbeiterbewegung kurzerhand aus ihrer Keusche. Ihre kleinbürgerliche Prägung hinderte sie daran, die Größe des historischen Augenblicks zu erkennen.

Es zählt zu den schändlichsten Defiziten der zeitgenössischen österreichischen Film- und Fernsehproduktion, daß die Damen und Herren Regisseure und Produzentinnen Geld und Energie in die dreiundvierzigste Maria-Theresia-Biographie, die siebenundfünfzigste Version der Mayerling-Affäre und den siebenhundertsiebzigsten Aufguß des Lebens der rastlosen Kaiserin Sisi verströmen, wobei man bei letzterem immerhin anmerken kann, daß die Sisi-Verfilmungen von Mal zu Mal schlechter werden, das Problem sich also in dreihundert Jahren erledigt haben wird. Unzählige Geschichten wie jene von Adelheid Popp, Eva Priester, Albert »Fritz« Hirsch oder Leo Rothziegel böten den Stoff für großartige Filme. Aber die elitären Filmbeamten in ihren Akademien und Förderkommissionen haben von diesen Personen der österreichischen Geschichte nicht einmal gehört, sie können sich Film nur als verlängerte Touristenwerbung vorstellen, auch dies ein Beleg dafür, daß die große Filmindustrie überall historisch bedeutsame Stoffe aufgreift, nur nicht in Österreich. Ausnahmen bestätigen in diesem

Fall die Regel nicht, sondern zeigen nur, was möglich wäre. Die glückliche Zeit in den 70er und frühen 80er-Jahren unter Gerd Bacher und Fernsehchef Gerald Szyszkowitz, als Filme nach Büchern von Peter Turrini, Wilhelm Pevny, Helmut Zenker, Heinz R. Unger, Michael Scharang, Gernot Wolfgruber und Franz Innerhofer die internationale Filmwelt auf das zwischen Heimatfilm und Walzerseligkeit dahindümpelnde Filmland aufmerksam machten, liegen im Bewußtsein der heimischen Kulturindustrie weiter zurück als die Einführung der Bodenheizung im römischen Großlager Carnuntum. Der »Herr Karl« gilt weiterhin als Höhepunkt des realistischen Films und ist doch nichts weiter als eine sentimentale Selbstentschuldigung des österreichischen Klein- und Kulturbürgertums, welches das Schwanken zwischen NS-Mitläufertum und minder schweren Kriegsverbrechen endlich als Widerstandshandlung anerkannt wissen will.

In diesem Zusammenhang, der bis heute weiterwirkt, muß festgestellt werden: Für die Geschichte Österreichs seit dem Wiener Kongreß gilt, daß das Kleinbürgertum zwischen den einander blockierenden historischen Blöcken der Arbeiterklasse und ihres bürgerlichen Gegenspielers sich keinem der beiden Blöcke dauerhaft anschloß, wodurch dieser unter den Bedingungen einer parlamentarischen Demokratie hegemonial geworden wäre, sondern zwischen den historischen Blöcken schwankte und sich für kurze Zeit sogar selber als herrschend, zur kleinbürgerlich-religiös-ständischen Dollfuß-Diktatur aufschwang, die sich als Konkurrenzfaschismus zu jenem Deutschlands verstand, welcher von der großen Industrie getragen war. Die Schwäche der Anti-Hitler-Kräfte hat in dieser volatilen Klassensituation eine Hauptursache. Mit der Arbeiterklasse

wollte man auch nicht koalieren, sodaß das kleinbürgerliche Anti-Hitler-Regime spätestens seit Berchtesgaden 1938 von innen durch illegale NSDAP-Kräfte zersetzt war. Widerstand der ständestaatlichen Funktionäre, von denen nicht wenige das braune Parteibuch bereits hatten, war da nicht zu erwarten. Die Letzten, die daran glaubten, waren Kulturschaffende, die sich gern als Avantgarde ausgeben, tatsächlich aber gesellschaftspolitischen Hauptströmungen hinterherhinken.

Von 1836 bis 48 ging in der Habsburgermonarchie die Macht von der vierköpfigen Geheimen Staatskonferenz aus. Den seit 1836 regierenden Kaiser Ferdinand, der bis heute in der Geschichtsschreibung als geistig zurückgeblieben und regierungsunfähig bezeichnet wird, dessen Thronfolge wegen des Gottesgnadentums aber damals nicht in Frage gestellt wurde, steckte man in eine geschützte Werkstatt in der Hofburg. Schon damals ging Österreich mit seinen behinderten Menschen abschließend und nicht inklusiv um.

Die Schmierenkomödie von der schulischen Inklusion

Viel hat sich auf diesem Feld in den letzten hundertfünfzig Jahren nicht geändert. In Österreich werden munter neue Sonderschulen eröffnet, dies unter flagranter Verletzung der Vorgaben der UN-Behindertenkonvention von 2008, welche nicht nur die Auffassung von großen Heimen, sondern auch das Verbot von aussondernden Schulen vorschreibt. Die Unterfertigung menschenrechtlicher Verträge geht der heimischen Sozialbürokratie und den politischen Spitzen leicht von der Hand, die Praxis hat niemanden zu interessieren. Während in Südtirol und Teilen Norditaliens behinderte Kinder der unterschiedlichsten

Behinderungsarten und auch der unterschiedlichsten Schweregrade von Behinderung ausschließlich mit nichtbehinderten Kindern die Schulen besuchen, werden nördlich des Brenners behinderte und nichtbehinderte Kinder feinsäuberlich getrennt. Damit kommt es für die Betroffenen auch zu einer eklatanten Einschränkung von Lebenschancen. Abgänger der Sonderschule tauchen nur in den seltensten Fällen auf dem ersten Arbeitsmarkt auf. Es gibt sogar einen Bezirk in Österreich, in dem die inklusive Schule seit Jahrzehnten ebenso durchgesetzt ist wie in Norditalien. Es handelt sich um den Bezirk Reutte. Das aber läßt die heimischen Schulbehörden kalt, niemand wendet dieses Best Practice-Modell auf andere Bundesländer oder die ganze Republik an. Die Eltern würden das nicht wollen, lautet die Ausrede. Das aber ist kein Wunder, denn kein Elternteil eines behinderten Kindes hatte je Gelegenheit, das inklusive Schulmodell in skandinavischen Ländern oder eben Italien zu besuchen. Einzig das verdienstvolle in Graz und Linz erscheinende Magazin *Menschen. Zeitschrift für gemeinsames Leben, Lernen und Arbeiten* und die Innsbrucker InklusionspädagogInnen um Petra Flieger und Volker Schönwiese tragen die Fahne der Inklusion trotzig voran, und das seit mehr als dreißig Jahren.

Das Bildungsministerium tut alles, daß Eltern die notwendigen Informationen über inklusives Schulwesen vorenthalten werden. Anderenfalls könnten ja Forderungen auftauchen, die die bequeme Segregationspolitik stören. Wenn es dieser Tage heißt, daß die persönliche Assistenz für behinderte Menschen – die für den Schulbesuch grundlegend wichtig ist – stabilisiert und vereinheitlicht werden soll, darf man das Kleingedruckte der Papiere nicht übersehen und das abseits von Bildungsminister, Bildungsdirektoren und Bildungsgewerkschaftern Geraunte nicht überhören. Die Gewerkschaft der Sonderschullehrer

sperrt sich seit Jahrzehnten hartnäckig gegen die Inklusion. Warum? Weil SonderschullehrerInnen besser bezahlt werden und einen bequemeren Berufsalltag haben, der damit zusammenhängt, daß sie an den Pädagogischen Hochschulen erbärmlich schlecht ausgebildet werden. Von den Grundsätzen des Selbstbestimmten Lebens und der UN-Behindertenrechtskonvention haben diese Herrschaften ebensowenig Ahnung wie von zeitgenössischen pädagogischen Konzepten, wie sie eben in der Zeitschrift *Menschen* vorgestellt und diskutiert werden. Das österreichische Haus der Diskriminierung hat viele Stockwerke.

Um die Schlaumeierei des Bildungsministers in ihrer ganzen Pracht zu erfassen, muß noch hinzugefügt werden, daß die derzeitige föderale Zersplitterung bei Persönlicher- und Arbeitsassistenz zwar aufgehoben und bundeseinheitliche Regelungen eingeführt werden sollen, bis es aber so weit ist, werden noch viele BildungsministerInnen sich hinter die rote Tapetentür der Hofburg zum Gespräch mit den jeweiligen BundespräsidentInnen zurückziehen. Denn zuerst werden erst einmal in drei Bundesländern Schulversuche gestartet. Bis die restlichen sechs Bundesländer sich ebenso aufraffen und das Inklusionsprojekt auch in ihrer Zuständigkeit fortsetzen – was keinesfalls als ausgemachte Sache gilt –, wird wieder viel Zeit vergehen. Denn zuvor wird es nach erfolgtem Schulversuch, der ebenfalls einige Jahre dauern wird, zu einer Evaluierung der Ergebnisse kommen, welche ebenfalls ihre Zeit in Anspruch nehmen wird. Man kennt das Schicksal von Schulversuchen im österreichischen Bildungswesen. Manche werden immer wieder verlängert und veralten, bevor sie es ins Regelschulwesen schaffen. Im besten Fall zementieren sie den Status Quo, meist führen sie aber zu neuen Sonderregelungen, natürlich mit länderweiten Abweichungen, die in der Praxis nicht selten eine Verschlechte-

rung der Lage bringen. Nur Titel und Etiketten werden geändert: Aus Sonderschulen werden Sonderpädagogische Zentren und Zentren für Inklusiv- und Sonderpädagogik, aus SchulinspektorInnen werden BildungsdirektorInnen, und bevor Eltern und Öffentlichkeit sich an die neuen Namen gewöhnt haben, sind zur Verwirrung des Publikums bereits neue Titel und Etiketten in Vorbereitung. Inklusions- und Sonderpädagogik sind die beiden unversöhnlichen Enden des Konflikts, sie in einen gemeinsamen Begriff zu zwingen, ist eine Kapitulation vor der Fragestellung. Daß Inklusion das Gegenteil von Sonderstrukturen meint, hat sich zum Beispiel bis Oberösterreich, welches seine Einrichtungen mit dem Etikett »Sonderschule und Inklusion« auf die Straße der Bildung schickt und das hehre Ziel der Inklusion mit der schändlichen Praxis der Aussonderung erschlägt, noch nicht durchgesprochen.

Sollte das Schalexperiment mit der persönlichen Assistenz aber doch erfolgreich enden, folgen erst dann Verhandlungen zur endgültigen Überführung von bundesweit gleichgestellter Assistenz für behinderte Menschen in den Schulen. Im nächsten Vierteljahrhundert brauchen die Schulbehörden und die SonderschulgewerkschafterInnen also keine Störung ihrer geschützten Betriebe zu befürchten. Ausschließen, wegsperren und verwahren statt fördern und ermöglichen werden die Perspektiven für behinderte Menschen, denen in der Verfassung ein Leben ohne Diskriminierung vorgegaukelt wird, die aber vom Recht auf eine inklusive Schulung keinen Gebrauch machen können, weil das Schulpersonal und die Lehrkörper in ihrer hochherrschaftlichen Schulautonomie sich gegen die Einrichtung von Integrationsklassen und einer inklusiven Schule aussprechen. Man habe es ja probiert; einige Dutzend Lehrkräfte kämpften aufopferungsvoll für Inklusion, wurden aber vom

Bildungsministerium schmäählich im Stich gelassen, hatten also zur Mehrarbeit und den hämischen Kommentaren der KollegInnen auch noch relativ weniger Lohn und bekamen keine Unterstützung durch eine ausreichende Zahl von Stützlehrern. Irgendwann haben dann die tapfersten und besten der Integrationslehrer kapituliert. Seht ihr, es geht ja doch nicht, macht Schluß mit den sozialromantischen Flausen, bekamen sie mit auf den Weg. Der Name von Langzeitbildungsministerin Elisabeth Gehrler (ÖVP) wird für immer mit dieser Trickserei – man gestattet Integration auf dem Papier, weigert sich aber, die dafür erforderlichen finanziellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen, und kann so in Ruhe das Scheitern des Experiments abwarten – verbunden bleiben.

Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, daß die Praxis der Aussonderung entgegen anderslautender Gesetze und Verfassungsbestimmungen – die UN-Konvention ist ein völkerrechtlich bindender Vertrag – sich nicht auf konservativ regierte Ländern beschränkt. Auch in Wien werden neue Sonderschulen eröffnet, und es gibt mehr Sonderschüler denn je. Sechzig Prozent der dort Verwahrten weisen aber gar keine Behinderung auf, sondern sind »nur« sozial diskriminiert und kämpfen mit schlechten Deutschkenntnissen. Ein doppeltes Versagen der Wiener Bildungspolitik, die ein überzeitliches Beharrungsvermögen an den Tag legt.

Als einziges Bundesland sticht die Steiermark mit 82% Inklusionsrate aus dem Länderkonzert heraus. Viele Bundesländer kratzen aber nicht einmal an der 50% Marke. Aber auch in der Steiermark ist der Prozentsatz rückläufig.

Als der als »geistig behindert« geltende Kaiser Ferdinand am 13. März 1848 von der Studentenversammlung vor dem Landhaus, der darauf folgenden Schießerei und den Aufständen

der Arbeiter in den Vorstädten erfuhr, sorgte er sich nicht um die Polizei, sondern um die Revolutionäre. »Ja, dürfen's denn des?« rief er aus, aber dieser Satz, der gern zitiert wird, um Ferdinand seiner Behinderung wegen zu denunzieren, wurde von einem zweiten gefolgt, der allerdings nie zitiert wird. »Aber wehtun darf man ihnen nicht!« setzte der angeblich so unfähige Herrscher, der fünf Sprachen und zwei Musikinstrumente beherrschte, hinzu. Ferdinand war aber auch ein begabter Zeichner, konnte reiten, schießen und fechten und interessierte sich für die neuen Technologien seiner Zeit. Schon in der Habsburgermonarchie hatten behinderte Menschen, und seien es durchlauchtigste Majestäten, keine Chance auf Emanzipation.

Noch am Tag der Revolution flüchtete der 74-jährige Staatskanzler Metternich Richtung England, der Kaiser tat es ihm im Mai gleich und setzte sich nach Innsbruck ab, von wo er nach Olmütz und Prag ging und daraufhin, bereits abgedankt, großes Geschick im Verwalten der böhmisch-habsburgischen Güter zeigte. Er legte damit den Grundstein für Franz Josephs beträchtliches hofärrarisches Vermögen – welches von seinem Nachfolger 1919 zu bedeutenden Teilen in die Schweiz verbracht wurde. Allein vom letzten Aufenthaltsort der kaiserlichen Familie, dem Jagdschloß Eckartsau, gingen 162 Kisten über den Rhein. Mit der Aufteilung und sinnvollen Verwendung des unermeßlichen Habsburgervermögens hatte die junge Republik noch jahrelang ihre liebe Not.

Teil II Brief an einen Freund

Verehrter Dozent!

Sie halten in wenigen Stunden Ihre Antrittsvorlesung an der New York University zum Thema »*Austria as it is 2023 – Sketches from a troubled state*« und ersuchen mich um ein paar Informationen, die geeignet sind, Ihren Vortrag aus der Masse der soziologischen Veranstaltungen herauszuheben. Ich beeile mich im Folgenden, Ihrer Bitte zu entsprechen. Im Theater gab es früher »farbegebende Edelchargen«, eine im Aussterben begriffene Gattung von Schauspielern, die über das Talent verfügten, mit wenigen Sätzen zu brillieren. So sehe auch ich meine Rolle. Und ich füge die Warnung hinzu: Es soll schon vorgekommen sein, daß Edelchargen die Hauptdarsteller von der Bühne fegten.

Werter Freund!

Wie Sie sicher wissen, ist die Ikonographie von Landschaften eine Methode der politischen Geographie. Im Rahmen von ikonographischen Analysen werden Landschaften als Ergebnis kulturhistorischer und sozialer Prozesse verstanden, zugleich aber in ihrer eigenen gesellschaftlichen Wirkung betrachtet. Der Begriff entstammt der *Radical Geography*, die ihre Wurzeln in den 1970er-Jahren im angloamerikanischen Sprachraum hat. Soziale Ungleichheiten werden als Folge der Kontrolle über Ressourcen durch politische und ökonomische Eliten gesehen, welche einem großen Teil der Menschen den Zugang dazu verwehren und sie somit ausbeuten. Diese Herrschaftsverhältnisse sind sowohl auf lokaler Maßstabebene als auch auf der internationalen Ebene anzutreffen. Der Begründer der

Radical Geography, David Harvey, untersucht, wie sich die inneren Widersprüche des Kapitals in der Bildung und Auflösung von geographischen Landschaften ausdrücken.

Ikonographische Orte weisen eine doppelte Qualität auf. Einerseits fungieren sie als Spiegel großer gesellschaftshistorischer Veränderungen, andererseits treiben sie auch die damit verbundenen Prozesse selbst voran. Es gibt wenige Orte, an denen sich Geschichte und Gegenwart Österreichs sich wie in einem Brennspiegel bündeln.

Geschätzter Freund!

An einem dieser Orte befinde ich mich jetzt. Er liegt auf einem dreihundert Meter hohen steilen Lößabfall eines vormaligen tertiären Meeres, wenige Kilometer unterhalb von Krems an der Donau. Ich sitze vor einem roh gezimmerten Tisch und schaue auf eine Kultur- und Industrielandschaft: Stift Göttweig, ein Stahlwerk, eine Chemiefabrik, ein Donauhafen, eine mittelalterliche Kleinstadt. Neben mir steht eine Flasche Urgesteinsriesling eines Jungwinzers von den umgebenden Weinbergen. Ihr Name: *Bordelle Glück*.

Der schmale Streifen links und rechts des großen Stroms wurde zu einem Nucleus des späteren Reiches mit 676 000 Quadratkilometern und 51 Millionen Einwohnern. Zum Vergleich: Frankreich ist 643 000 km² groß, die Ukraine 603 000 km² und das Deutsche Reich umfaßte 540 000 Quadratkilometer. Wir waren also die Größten, deswegen fiel unser Sturz auch so tief aus. Herr Putin, dieser Tropf, ist gerade dabei, dieselbe Erfahrung zu machen.

Die Geschichte menschlicher Besiedlung an der Donau reicht weit zurück. Die Rede ist von einer den bösen Geistern der Nibelungen, der Gegenreformation und dem Judenhaß zu-

getanen Region in den südlichen Ausläufern der böhmischen Masse. Zusammen mit dem Kanadischen Schild und der Baltischen Platte zählt sie zu den erdgeschichtlich ältesten Teilen des Planeten; seit Jahrmillionen ist sie mit dem mächtigsten aller Ströme des alten Kontinents in ein titanisches Ringen um Prall- und Gleithänge, Stromschnellen und Furten verstrickt. Als die Donau durch Flußkraftwerke zerstückelt wurde, hat das Elend sich vervielfacht. Immer schon hatten Menschen hier ein schweres Fortkommen, sie überleben nur als Sklaven einer Pflanze mit dem botanischen Namen *vitis vinifera*, gemeiner Wein- oder Rebstock.

Zeitenwenden kündigen sich zuerst entlang der Donau an. Das war so im sechsten Jahrtausend vor der Zeitrechnung, als am Unterlauf der Donau Siedlungen von Zehntausenden Menschen entstanden, welche Straßen, zweigeschoßige Häuser und primitive Kleinindustrien kannten; das war so mit dem Ende des Römischen Reichs, welches sich am europäischen Hauptstrom früh abzeichnete; das war so mit der Staatswerdung Österreichs nach Karl dem Großen; das war so mit der Gegenreformation und dem Barock; das war so mit der Einrichtung von 150 (!) Lesehöfen durch bayrische Stifte und Klöster, und das war auch so mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus. Die spätere Gauhauptstadt Krems hatte schon 1934 einen Bürgermeister der NSDAP, ebenso die Doppelstadt Krems-Stein.

Von jeher werden im Donautal Probeläufe für historische Umbrüche veranstaltet. Tektonische Risse in den Tiefenstrukturen der Gesellschaft werden hier zuerst beobachtet. Die steilen Kellergassen zeugen davon.

Im Jahr 2000 wurde die Wachau zum *Weltkulturerbe* erhoben. Man kann diesen Zeitpunkt der weltweiten Anerkennung mit

dem Aussterben der letzten vom Weinstock unabhängigen menschlichen Spuren in diesem Tal gleichsetzen. Die Kultur wohnt in einer geschützten Werkstatt, in der Kulturfunktionäre, Kulturvermittler und Kulturmanager einander zum Kulturaustausch treffen. Konträr verhält es sich mit der Kunst. Sie stellt die Bewegung der Welt in ihren Widersprüchen dar. Dafür hassen die Menschen die Kunst und lieben die Kultur wegen deren affirmativen Gehalts. Die Verleihung des Prädikats *Weltkulturerbe* an die Wachau spricht für sich.

Die ältesten Spuren der Anwesenheit von Menschen in der Wachau liegen in Stratzing und Willendorf, den Fundorten der »Venus vom Galgenberg« und der »Venus von Willendorf«. Zwischen Stratzing und Gneixendorf befand sich während der Nazi-Herrschaft das siebzigtausend Mann umfassende Gefangenenlager STALAG XVII b, welches als eines der größten Lager dieser Art im Deutschen Reich galt. Sowjetische Häftlinge wurden bei geringen Verstößen gegen die Lagerordnung aufgeknüpft. Dreitausend Sowjets fielen der Cholera, verursacht durch unmenschliche Lebensbedingungen, zum Opfer. Der Name »Venus vom Galgenberg« erfuhr hierdurch seine neuzeitliche Begründung. Und zur »Venus von Willendorf« muß festgestellt werden, daß diese weltberühmte Figurine der Ausdruck männlicher Frauenphantasien ist. Im Land der Weinberge galten Frauen als zur Kinderaufzucht bestimmte Fleischberge. Eine Geisteshaltung, die nicht nur in der Wachau Zeitgenossenschaft beanspruchen kann.

Teurer Freund!

Lassen Sie uns nun auf den Spuren von Charles Sealsfield zur Betrachtung einer institutionellen Säule des Staates fortschreiten, wenden wir uns der Gewerkschaftsbewegung zu, die seit

1848 in verschiedenen Formen existiert. Ich stütze mich hier unter anderem auf die Arbeiten des besten Gewerkschaftskenners, Emmerich Tálos, sowie auf Daten der Arbeiterkammer Oberösterreich und der Nationalbank.

Es gibt in der österreichischen Innenpolitik und den sogenannten Premium-Medien bestimmte Konstanten. Zu ihnen zählen das Schweigen über die wahren Machtverhältnisse im Land, die andauernde Umverteilung von unten nach oben, die Bekämpfung der Idee von längst überfälligen Erbschafts- und Vermögenssteuern und das Wegschauen angesichts einer seit mittlerweile über dreißig Jahre sinkenden oder bestenfalls stagnierenden Lohnquote, die den Anteil der Löhne an der Wirtschaftsleistung ausdrückt. Diese ist seit dem Ende der 80er Jahre von 75% auf 68,6% im Jahr 2021, dem niedrigsten Wert seit Beginn der modernen Aufzeichnungen, gesunken – und das bei einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung der realen Produktivität je Arbeitsstunde von 2 bis 3%.

Eine abgeleitete Größe dieser Konstanten ist die Selbsteinschätzung der Bevölkerung hinsichtlich ihres Status in der Gesellschaft. Zwei Drittel aller ÖsterreicherInnen geben an, sich dem Mittelstand angehörig zu fühlen. Das ist weit übertrieben und spiegelt eher die Aufstiegsambitionen von Menschen aus dem Dienstleistungsproletariat, welches oft einen migrantischen Hintergrund aufweist, den unteren Segmenten der Arbeiterklasse und abgestiegenen Gruppen des Kleinbürgertums wider, Gruppen, die objektiv vor dem Absturz nicht nur in die *relative* Armut stehen – in der sind sie längst angekommen –, sondern sich mit der Perspektive konfrontiert sehen, in die *absolute* Armut abzugleiten. Unter diesen Menschen finden sich besonders viele Frauen, oft Alleinerzieherinnen, Pensionistinnen, Arbeitslose, prekär Beschäftigte, kranke und behinderte

Menschen (unter ihnen 25.000, die in Heimen von Sozialhilfeträgern wie der Lebenshilfe in Küchen, Wäschereien und dem Reinigungsdienst arbeiten, dafür aber nur ein Taschengeld von 20 bis 40 Euro – im Monat! – erhalten und noch dazu nicht einmal pensionsversichert sind).

In diesem Drittel der Gesellschaft ist die in den 80er-Jahren des vorigen Jahrhunderts als Gefahr beschworene Zweidritteltgesellschaft längst Wirklichkeit geworden und hat sich verfestigt. Es ist dieses Drittel der Gesellschaft, das von der explosionsartig gestiegenen Inflation und den mit dieser einhergehenden horrenden Preiserhöhungen bei Energie, Mieten und Grundnahrungsmitteln besonders hart getroffen wird.

Auffällig ist die Überraschung der ÖkonomInnen über Ausmaß und Wucht der Inflation. Alle Prognosen und Beschwichtigungen erwiesen sich als grotesk falsch. Wenn man indes jahrelang die Finanzmärkte mit Geld flutet, sollte klar sein, daß der aufgeblähten Geldmenge keine entsprechenden Waren gegenüberstehen. Dies aber ist der klassische Treiber von Geldentwertung. Doch die ÖkonomInnen waren vom Wirken dieser Binsenweisheit überrascht wie das Christkind von weißen Weihnachten. Offensichtlich gilt auch in dieser Herrschaftswissenschaft der Grundsatz: *Besser gemeinsam irren als sich mit den Machtstrukturen anlegen.*

Zur Inflationslage ein letzter Hinweis: Seit Jahrzehnten gibt es neben der klassischen Inflationsrate Pensionistenindizes und einen Index für Grundnahrungsmittel. Diese beschreiben die von großen Teilen der Bevölkerung tatsächlich erlebte Geldentwertung und dort werden Erhöhungen von über zwanzig Prozent festgestellt, eine wirksame Preiskontrolle findet ja, obwohl die Gesetzeslage das ohne weiteres erlauben würde, nicht statt. Es ist bezeichnend, daß diese Indizes, die die Wirklichkeit bes-

ser widerspiegeln als die allgemeine Inflationsrate, welche die realen Verhältnisse untertreibt, in den Lohnverhandlungen von den Gewerkschaftern nicht erwähnt werden. Angemessen wären nämlich Lohnabschlüsse von mehr als zwanzig Prozent, die tatsächlichen Lohnzuwächse aber betragen nicht einmal zehn Prozent. Einmalzahlungen sind für die von der Preiserhöhung betroffenen Menschen bestenfalls ein Tropfen auf dem heißen Stein. Daß Einmalzahlungen bei Großfirmen und Industriebetrieben aber auch wirkmächtig sein können, wurde durch das vorweihnachtliche Förderungspaket für die Großindustrie deutlich. Sie sind in diesem Sektor derart hoch, daß einige Ökonomen, die sich noch einen Rest von sozialem Gewissen bewahrt haben wie Christoph Badelt vom Fiskalrat und Gabriel Felbermayr vom Wirtschaftsforschungsinstitut, Warnungen vor Über-Förderungen aussprachen. Man muß sich nur anschauen, wer das Weihnachtsgeschenk an »die Wirtschaft« lobte: die Industriellenvereinigung, der Präsident der Bundeswirtschaftskammer, Mahrer, konservative Wirtschaftslandesräte in den Bundesländern und die Lohnschreiber der Wirtschaft in den Redaktionen der Tageszeitungen und konservativen Think Tanks wie *Agenda Austria*.

In den 70er-Jahren setzte die Arbeiterbewegung bei den Lohnverhandlungen folgende Praxis durch: Abgeltung der auch damals hohen Inflation, spezielle Lohnerhöhungen im Niedriglohnsegment, plus drei oder vier Prozent Abgeltung des Produktivitätsfortschritts, der ja nur zum Teil von modernen Maschinen, zum Großteil aber von der Arbeitsleistung der Arbeiter und Angestellten und abgeleiteten Gruppen in Gesundheit, Bildung und Dienstleistung stammte. International war diese Vorgehensweise nicht unüblich: Die italienische Arbeiterklasse setzte durch ihre große linke Richtungsgewerkschaft CGIL die

scala mobile (eine automatische Abgeltung der Inflation) durch. Andere Staaten wie Frankreich und Zypern, letzteres mit der mächtigen kommunistischen Gewerkschaft PEO, folgten. In beiden Fällen – und in Österreich – ging diese Praxis mit einer Steigerung der Lohnquote einher, für Millionen Menschen begann der Aufstieg in die unteren Ränge des Mittelstands. Auto, Urlaub und Studienkarrieren für die Kinder wurden möglich und Österreichs variable Arbeitskraft erfuhr eine umfangreiche Modernisierung, welche letztlich auch den Unternehmen zugute kam und die wirtschaftliche Konkurrenzposition Österreichs verbesserte. In jenen Jahren wurden mittels der beschriebenen »Lohnpeitsche« und der damit ausgelösten notwendigen Erneuerung des Maschinenparks wie nie zuvor Marktanteile im Weltmarkt erobert. Wenn der Satz »Geht es der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut« je gestimmt hat, dann damals. Heute wagt dieser Satz sich längst nicht mehr in die Leitartikel der Zeitungen. Er ist zur Lüge verkommen.

Geschätzter Dozent!

Eine konsensorientierte Einheitsgewerkschaft führt über kurz oder lang zur politischen Einschläferung und Passivierung der Lohnabhängigen und zum umfassenden Verlust von Handlungs-, Protest-, und Kampfkompetenz. Das aber sind im Kapitalismus die einzigen Waffen von Anbietern der Ware Arbeitskraft. Oder wie Marx es formulierte: Gewerkschaften müssen den Kampf im Lohnsystem und *gegen* dieses führen. Fällt der zweite Teil weg, perpetuieren sich ausbeuterische Verhältnisse, die der Tatsache geschuldet sind, daß es einen gerechten Lohn nicht geben kann, weil es nun einmal die vertrackte Eigenschaft der Ware Arbeitskraft ist, mehr Wert zu produzieren als in ihre Herstellung und Ausbildung eingegangen ist. Jenseits aller mo-

ralischer Flausen ist das die Quelle der ökonomischen Ausbeutung, sie speist Mehrwert und Profit. In hochentwickelten Industriestaaten rechnet man – einen 8-Stunden-Tag zugrundegelegt –, daß 6,5 Stunden der Arbeitsleistung dem sogenannten *Arbeitgeber* (der eigentlich ein *Arbeitnehmer* ist) zugute kommen und der Rest von der Dauer eines Fußballspiels für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft (Nahrung, Miete, Gesundheit) bleibt.

In den Wortmeldungen des ÖGB-Präsidenten ist dieser Konflikt eingeschrieben: Das Jammern über die Auswirkungen des Kapitalismus wird mit dem Appell an die Fortschreibung der Konfliktscheuheit in einer infantil-trotzigen Sprache (»Seid's ihr wuggi?«) verbunden.

Einheitsgewerkschaft und Korruption

Nach der Befreiung Österreichs wurde sehr rasch ein Einheitsgewerkschaftsbund gegründet, dessen politische Fraktionen vom SP-Gewerkschaftsflügel kontrolliert werden. Andere Staaten entschieden sich für Richtungsgewerkschaften, die um die Zustimmung der Lohnabhängigen konkurrieren und schon aus diesem Grund konfliktorientiert und streikbereit sein müssen. Am Beispiel des ÖGB mit seinem mediatisierten Wahlrecht, in welchem eine Ebene die andere wählt und es nie zu demokratischen Urwahlen kommt, zeigt sich, daß der politische und zivilgesellschaftliche Preis für dieses Modell hoch ist. Die systemische Anfälligkeit für die Großkorruption der Gewerkschaftsspitze wurzelt in der intransparenten Konstruktion der Einheitsgewerkschaft.

Der selbstverschuldete Bankrott der Gewerkschaft der 90er-Jahre war nicht das erste Mal, daß die mangelnde Transparenz

einer geschlossenen Einheitsgewerkschaft für selbige existenzbedrohend wurde. Aufgrund mehrfacher Finanzhilfen aus Gewerkschaftskassen für die *Kronen Zeitung* und die FPÖ stand Gewerkschaftspräsident Franz Olah 1964 im Mittelpunkt eines Korruptionsskandals. Er wurde aus der SPÖ ausgeschlossen und gründete 1965 die Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP), die einen stramm rechten Kurs einschlug. Bei den Wahlen 1966 verfehlte sie aber die Grundmandatschürde, Olah mußte später ins Gefängnis. Zwanzig Jahre später passierte mit dem Baugewerkschaftspräsidenten und Bautenminister Sekamina Ähnliches, nur der »Häfen« blieb ihm erspart.

In den 50er-Jahren kam es zu einer Art gewerkschaftlichem »Waffenstillstand«. Etliche kämpferische Betriebsratsgremien wurden von den steirischen verstaatlichten Betrieben, in welchen Kommunisten sich anschickten, zumindest bei den Arbeitern die Mehrheit zu übernehmen, von der KPÖ abgezogen oder versetzt, zum Beispiel in die Hütte Krems, oder sie wurden als Journalisten in den zentralen Parteiapparat geholt, der Jungkommunisten wie Ernst Wimmer und Ewald Frühwald aus Krems für Jahre ruhigstellte. An der Lebensgeschichte von Albert »Fritz« Hirsch, Oberst der Französischen Résistance, Absolvent der sowjetischen Frunse-Militärakademie, Politoffizier im Spanischen Bürgerkrieg, Folteropfer der Gestapo, Überlebender von Konzentrationslagern und nach 1945 Kaderverantwortlicher der KPÖ ließe sich dieser Konflikt in der KPÖ, welcher im Kern auf eine Kapitulation vor der SPÖ hinauslief, nacherzählen.

Hirsch war Mitte der 50er-Jahre drauf und dran, die Arbeitermehrheit bei Böhler-Kapfenberg zu erringen, worauf die Parteiführung ihn mit Funktionsverbot belegte und aus Kapfenberg abzog. Der Bezug seiner Résistance-Rente ließ ihn und

seine Gattin Betty, auch sie eine KZ-Überlebende, diesen Ver-
rat wenigstens ökonomisch ertragen. Für dieses »Entgegenkom-
men« der KPÖ bekam der kommunistische Gewerkschaftsflü-
gel von der SPÖ einige bezahlte Funktionäre im Apparat des
ÖGB spendiert, worauf die kommunistische Gewerkschaft
ihre hinkünftige Existenz als brave, weitgehend untätige und
nur in Anträgen an den Gewerkschaftskongreß linksblinkende
Fraktion fristete. Selbst bei der Verteidigung der Verstaatlichten
Industrie, zum Beispiel der bedrohten Schiffswerften Linz und
Korneuburg, »verzichtete« der kommunistische Gewerkschafts-
flügel auf eine Werftbesetzung nach west- und südeuropäischen
Vorbildern und auf Streiks. Ungeklärt blieb in der Folge auch
der Erlös aus den vielen Immobilienverkäufen sowie sonstigen
Vermögenswerten der Partei. Die KPÖ galt ja als reichste Par-
tei Österreichs. Mit den Geldern aus dem Verkauf der Vermö-
genswerte hätte man über lange Zeit eine linke Tages- oder Wo-
chenzeitung finanzieren können. Wer die Gelder eingestreift
hatte, wurde seltsamerweise von den österreichischen Medien
ebensowenig untersucht wie der Verbleib der Flöttl-Milliarden
im BAWAG-Skandal.

Aus dem Gewerkschaftlichen Linksblock hätte sich ein fort-
schrittlicher Gewerkschaftsflügel entwickeln können, aber die
frühen 60er-Jahre waren eine Zeit der Kapitulation vor der So-
zialdemokratie, die darin gipfelte, daß die KPÖ 1966 beschloß,
nicht mehr bundesweit zu kandidieren und zur Wahl der SPÖ
aufzurufen. Eine selbstmörderische Strategie, die gleich drei-
fach in die Hose ging. Die Sozialdemokraten verloren die Wah-
len nicht zuletzt wegen der kommunistischen Empfehlung, die
ÖVP erreichte zum ersten Mal nach 1945 die absolute Mehr-
heit, während die KPÖ in Fraktionskämpfen unterging und
Ende der 60er-Jahre mit tatkräftiger Unterstützung durch die

DDR und durch Erwin Scharf, einen führenden KPÖ-Mann,
der einer kleinen linkssozialistischen Gruppe entstammte, de
facto neu gegründet wurde. Bereits in den 70er-Jahren, der
Kreisky-Ära, erzielte sie bei Betriebsratswahlen, in einigen Ge-
meinden und Landtagen und an Universitäten (besonders in
Salzburg, wo der Kern des sozialistischen Studentenverbands
geschlossen in die KPÖ eintrat) Erfolge. Darüber hinaus band
sie einen Gutteil der fortschrittlichen Künstler – von Elfriede
Jelinek bis zu Alfred Hrdlicka, Sigi Maron und Michael Scha-
rang – an sich.

Werter Freund!

Wenden wir uns einem der beiden großen Parteienblöcke der
österreichischen Gesellschaft zu, jenem der Arbeiterbewegung
im weitesten Sinn.

Die alten und neuen Arbeiterparteien: SPÖ, KPÖ und FPÖ

Beginnen wir mit der historischen Arbeiterpartei SPÖ und
der rezenten Arbeiterpartei FPÖ, und diskutieren wir beide ge-
meinsam.

Die FPÖ ist eine Bewegungspartei, parlamentarische Arbeit
ist ihre Sache nicht. Zu schnell blättert da der Lack ab und
unfähige, korrupte und bodenlose Politiker kommen zum Vor-
schein. Beim Binder-Heurigen sagte neulich ein alter Florids-
dorfer Sozi, es handle sich um eine SA mit Handy. Und nie-
mand hat widersprochen. Wer sagt, die FPÖ stehe für einen
institutionellen Faschismus des Möglichen, geht nicht irr. Wenn
Ihnen das zu hart erscheint, geschätzter Freund, dann bitte

ich Sie um zwei Dinge: Lassen Sie uns die Historie der Partei, welche 1955 als Abspaltung nicht von Mitläufern, sondern von SS-Kämpfern um den mutmaßlichen Kriegsverbrecher Friedrich Peter und von anderen gegründet wurde, nicht vergessen. Peters Einheit tötete 1941 im Osten mindestens 17.000 Juden und rund 25.000 sowjetische Kriegsgefangene. Obwohl sein SS-Verband *ausschließlich* in derartige Verbrechen verstrickt war, bestritt Peter nach dem Krieg jegliche Mitschuld. Historiker halten es aber für ausgeschlossen, daß Peter nicht daran beteiligt war. Nach dem Krieg arbeitete Friedrich Peter als Volks- und Sonderschullehrer und wurde vom ehemaligen SS-Brigadeführer, Landesbauernführer und Landesjägermeister im »Donauland«, Anton Reinthaller, welcher die FPÖ 1955 als Abspaltung ehemaliger SS-Angehöriger vom Verband der Unabhängigen (VdU) gründete, als politischer Ziehsohn aufgebaut.

Lassen Sie uns auch nicht die Augen davor verschließen, daß die FPÖ einen extrem hohen Anteil an Burschenschaftlern aufweist. Wenn sie sich im Parlament aufbauen, wähnt man sich in einen Bier- und Kneipcomment versetzt. Wes Geistes Kind diese Herrschaften sind, lesen wir mit nervtötender Regelmäßigkeit, wenn wieder einmal FPÖ-Personal rassistisch, antisemitisch und frauenfeindlich auffällt und das Dritte Reich verklärt. Sie können ihre politischen Gene nicht verleugnen. Die FPÖ tut, was Parteien ihres Schlags europaweit erfolgreich und auffällig macht: sie schürt soziale Konflikte und die »Flüchtlingsfrage«; sie predigt einen militanten Antisozialismus und eine geistige Pogrom-Stimmung gegen »die da oben«, bei welcher der Antisemitismus nicht bloß durchschimmert. Und sie ist, nimmt man nur ihre einschlägigen Skandale, nicht anfällig für Korruption, sie *verkörpert* diese wie keine andere politische Gruppierung. Daß die FPÖ bis heute eng mit französischen,

italienischen, ungarischen, serbischen und russischen faschistischen Parteien verbunden ist, wird weltweit beobachtet, in Österreich aber mit einem Achselzucken quittiert.

Die FPÖ ist mit dem Etikett »populistisch« nicht zu erfassen, dieses verschleiert den sozialpolitischen Kern der Bewegungspartei. Diejenigen, welche ständig die Gefahr des Bevölkerungsaustauschs durch Flüchtlinge an die Wand malen, haben selber einen Wähleraustausch vorgenommen: Von einer Honoratiorenpartei alter meist nazistisch geprägter Männer zu einer ArbeiterInnenpartei, die in Rassismus und Verschwörungstheorien, welche ein Derivat des Antisemitismus darstellen, in der Tradition von SA und NSDAP steht. Dieser Austausch ging einher mit dem Wechsel vom Deutschnationalismus zu einem rassistischen Österreich-Chauvinismus. Gleichzeitig übt die FPÖ sich – wie ihre deutsche Vorgängerpartei während der dreißiger Jahre – in Liebedienerei vor der Großindustrie, welche ja zu ihren Sponsoren zählt. Der Glock-Konzern, die Nachfolgestiftungen des Turnauer Konzerns, Pierers KTM, der Wettmulti Novomatic und andere weltmarktgestählte österreichische Industriebetriebe gehören zu den verdeckten Sponsoren der Burschenschaftlerpartei. Während man der ÖVP eine systemische Korruptionsanfälligkeit konzedieren muß, sind Korruption und Wählerbetrug die einzige Existenzgrundlage der »Freiheitlichen«. Sie stellt den europaweit gelungensten Versuch dar, aus einer klassisch strukturierten rechtsextremen Partei eine Vereinigung zu schaffen, die außer der allseitigen Beförderung der Korruption keinen anderen Lebenszweck hat und mit diesem Desperadokurs immer wieder Wahlen gewinnt. Was die FPÖ aber wie jede bei Wahlen erfolgreiche kryptofaschistische Gruppierung in ein Dilemma stürzt: die Dosis des von ihr verspritzten de-

mokratiepolitischen Gifts muß immer weiter gesteigert werden, und das fällt selbst Herbert Kickl schwer.

Sozialdarwinismus, Bestechungsskandale, Wahlsiege

Obwohl regelmäßig der Korruption und der von den mächtigen Burschenschaftler-Seilschaften in der Partei vorgetragenen rechtsradikalen Einstellungen überführt, steigen die Zustimmungsraten der FPÖ. Aktuell läuft sie gerade der SPÖ den Rang ab, während sie die ÖVP bereits hinter sich gelassen hat. Dafür gibt es einen Grund: ein stabiles rechtsradikal eingestelltes Wählerreservoir besonders im Arbeiterbereich und in amalgamierten Schichten, durchaus auch bei Frauen im Niedriglohnsektor. Meinungsforscher stellen fest, daß 80% der österreichischen Arbeiter im Lager der FPÖ stehen, sie ist *die* Arbeiterpartei par excellence. Wie kein anderes Land Westeuropas erfreut Österreich sich des zweifelhaften Ruhms, eine rechtsradikale Arbeiterklasse zu haben.

Geschätzter Freund, Sie schütteln den Kopf? Ich leg noch eins drauf: Wenn nach den kommenden Nationalratswahlen drei mittelstarke Parteien um die Macht rittern, wird sich weisen, ob die ÖVP ihre jüngste Katastrophengeschichte mit den Blauen schon wieder verdrängt hat und den Juniorpartner der Kickl-Partei macht. Auch das internationale Umfeld spielt der FPÖ in die Karten; die Ablehnung der EU-Sanktionen gegen ein neoimperialistisches Rußland ist in Österreich populärer, als es Parteideoskopien und parteinahen Think Tanks recht sein kann.

Und die SPÖ wird vor der seit fünfzig Jahren aktuellen Frage stehen, ob sie nicht doch eine Koalition mit den Rechten wagen soll. Nicht auszuschließen, daß sie aus reiner Verantwortung vor

dem Land sich zu einer Koalition mit den radikalrechten Brüdern bereitfindet. Daß es der blauschwarzen Koalition vorbehalten blieb, den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche wieder einzuführen und wie im Faschismus ein Ministerium für Arbeit und Wirtschaft einzurichten, das mit einem bekennenden Verbindungsmann der ÖVP in die FPÖ, dem steirischen Pharmaindustriellen Bartenstein, besetzt wurde, hat man nicht vergessen. Wenn man schon die Krot' fressen muß, dann bitte unter Zugabe einer Reihe von Ministerposten und anderen personellen Vergütungen.

Im übrigen muß man mit einer liebgewonnenen Argumentationsfigur der linksbürgerlichen Medien aufräumen, die das Anwachsen der FPÖ ausschließlich mit dem Versagen der SPÖ im Kernwählersektor erklären. Selbstverständlich hat die Abwendung der Sozialdemokratie vom untersten Segment der Bevölkerung, das von den Medien oft so ungenau wie unsinnig als die Gruppe der »kleinen Leute« bezeichnet wird, ihren Anteil am Aufstieg der FPÖ. Aber deren Höhenflug hat mehrere Gründe, von denen einer – die korruptionsanfällige und ineffiziente Einheitsgewerkschaft – bereits erwähnt wurde.

Daß es möglich ist, im unteren Arbeitersegment und in agglomerierten Gruppen politisch langfristig zu reüssieren und auf diesem Gebiet hegemonial zu werden, führt seit drei Jahrzehnten die Grazer KPÖ vor, die nicht nur verhindert, daß auch die FPÖ erstarkt (die Grazer FPÖler schließen sich derzeit gegenseitig wegen nachgewiesener Korruption aus), sondern wegen ihrer glaubhaften Sozialkompetenz auch die Unterstützung von beträchtlichen Teilen des Grazer Bürgertums erhält. Die Grazer und die Steirische KPÖ veranstalteten zum Beispiel zum »UN-Tag der behinderten Menschen« Anfang Dezember 2022 eine unter maßgeblicher Beteiligung behinderter

Expertinnen und Experten in eigener Sache hervorragend organisierte Tagung zur Lage der behinderten Menschen in Graz und Österreich, eine Idee, die weder von der SPÖ noch von der ÖVP, den Grünen oder den NEOS aufgenommen wurde.

Die SPÖ und ihr Gewerkschaftsflügel haben Anteil am Aufstieg der Rechten, aber dieser Anteil ist nicht so groß wie propagiert. Die SPÖ stand und steht in ganz Österreich vor der Herausforderung, den sozialen Aufstieg von Teilen der gut ausgebildeten Intelligenz mit einem adäquaten ideologischen Rahmen zu versehen, noch dazu, wo die sozialdemokratische Funktionärsschicht das Hineinwachsen in die unteren und mittleren Stockwerke des Bürgertums vom Lebensstil her als erstrebenswert erachtet. Man verwechselt dabei den eigenen Aufstieg mit jenem seiner Klasse oder Gruppe. Wer regelmäßig Fernreisen in exotische Länder unternimmt und protzige Sportautos fährt wie der Tiroler SP-Vorsitzende Dornauer, der schaut sich auch um kulturelle Erhöhung um und wechselt von den unzähligen Oktoberfesten österreichischer Städte auch in ein Musical. Die Zeiten, in denen führende Gewerkschafter im gewerkschaftsnahen Wiener Volkstheater gesichtet wurden, sind allerdings schon lange vorbei, und dazu tragen Weichenstellungen für trashige Intendanten und deren trashige Spielpläne das Ihre bei. Nestroy, Brecht, Heinz R. Unger und Turrini wurden in den Fundus verbannt.

Armutsbekämpfung und linke Sozialpolitik sind in SPÖ-Aufsteigerkreisen nicht sexy. Beides erinnert zu sehr an die eigene Herkunft, eine Erinnerung, die man nur allzu gern für immer abschütteln möchte. Insofern zahlt die SPÖ für den von ihr mitgetragenen sozialen Aufstieg einen hohen Preis. Es gibt aber einen subalternen sozialdemokratischen Flügel, für den

der burgenländische Landeshauptmann steht. Er ist der alten klassischen Sozialdemokratie verhaftet, in der die Daseinsvorsorge wichtiger ist als der Erwerb eines Dreitonnen-SUVs und die Ablage der Sprößlinge in Privatschulen. Daß es der Partei nicht gelingen will, den Dauerkonflikt zwischen der städtischen Intellektuellen Rendi-Wagner und dem burgenländischen Polizeioffizier zu lösen, zeigt das allgemeine Dilemma einer einst hegemonialen Bewegung, der längst kein Befreiungsschlag mehr gelingen will, vielleicht weil es diesen in der gegenwärtigen politischen Konstellation nicht geben kann, ohne die Partei zu zertrümmern, wie das die Democrazia Cristiana Anfang der 90er-Jahre vorgeführt hat.

Einen Vorwurf kann die SPÖ nicht abwehren, jenen, daß neue Wege nicht einmal gesucht werden. Das Beschwören der alten solidarischen Vergangenheit durch Gewerkschafter, welche glauben, sich durch die Verwendung des Pülcheridioms den abgefallenen Schichten erfolgreich anbieten zu können, ist nur eine hilflose Neuauflage des Zurückweichens mit geballter Faust, des austromarxistischen Verbalradikalismus, der die Arbeiterbewegung schon einmal in die Katastrophe begleitet hat.

Die drei von der Politikbrache: Migranten, behinderte Menschen, Frauen

Geschätzter Dozent!

Die Arbeit der Kritik ist schwer genug, man soll sie nicht durch Vorschläge verwässern, wie es besser zu machen sei. Dies ist das Geschäft des systemstabilisierenden Journalismus, der Kritikpunkte nur aufzählt, um die Kritik im letzten Absatz

durch Vorschläge einer Verbesserung zu entwerfen. All dies in Rechnung stellend, erlaube ich mir dennoch im Wissen um die Vergeblichkeit des Unterfangens ein paar Hinweise zu skizzieren, wie sozialdemokratische Politik ohne systemsprengende Ansätze auch aussehen könnte.

Da wäre einmal die Öffnung der Partei und der Gewerkschaft gegenüber neuen gesellschaftlichen Gruppen der Zugewanderten, Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen wie 24-Stunden-PflegerInnen, von denen allein 20.000 aus Rumänien kommen und die keinerlei politische Vertretung haben.

Weiters wäre eine Öffnung gegenüber der internationalen Bürgerrechtsbewegung behinderter Menschen, wie sie in der einschlägigen UN-Konvention aus dem Jahr 2008 festgelegt – und von Österreich auch ratifiziert wurde! – dringend erforderlich. Was aber geschieht? In Wien werden weiterhin konventionswidrige Sonderschulen eröffnet, und die Bundes-SPÖ weigert sich seit Jahrzehnten, einen oder eine VertreterIn der behinderten Menschen an fix wählbarer Stelle in den Nationalrat zu entsenden. Dabei ist der Grundsatz des Expertentums in eigener Sache »Nothing about us without us« für die Selbstbestimmt Leben Bewegung / Independent Living Movement konstitutiv. Der Monitoring-Ausschuß behinderter Menschen, der im Auftrag der UNO die Umsetzung der Konvention in der Staatenpraxis prüft, kommt zum Schluß, daß Österreich auf diesem Feld besonders säumig ist.

Als der damalige Sozialminister der Regierung Gusenbauer, Erwin Buchinger, die UN-Behindertenrechtskonvention in New York unterzeichnete, dachten die behinderten Menschen, nun wäre das Schlimmste überwunden. Keine zwei Jahre später, Gusenbauer und Buchinger waren von Faymann aus dem Kanzleramt intrigiert worden, ging es mit den behinderten

Menschen bergab. Der Gemeindegewerkschafter Hundstorfer übernahm das Amt mit einem Bombeneinstand: 90 Verschlechterungen für behinderte Menschen! Die alte Denkweise des Paternalismus, der immer mit der politischen Entmündigung der »armen Hascherl« einhergeht, und die totalitäre Mitleidsoffensive »Licht ins Dunkel« erlebten eine weitere Blüte. Letztere Aktion, die ein halbes Jahr lang wie eine Dampfwalze durch alle ORF-Kanäle rollt, ist nur in Österreich möglich. Dabei wissen wir seit der Euthanasiepraxis der Nazis darüber Bescheid, daß Mitleid sehr schnell tödlich werden kann. Interessant, daß sich unter den sieben Trägervereinen von »Licht ins Dunkel« ausschließlich Anbieterorganisationen befinden, was dazu führt, daß ein erklecklicher Teil der »Licht-ins-Dunkel«-Spenden früher oder später bei den Trägerorganisationen landet, als *return on investment*. Unter dem Vorwand der Behindertenhilfe finanzieren sich diese Vereine zum Teil selbst.

Nicht nur in der Behindertenpolitik muß das Erreichte immer wieder von Neuem erkämpft und verteidigt werden. Bei jeder neuen Stufe, die erklommen wird, droht der Absturz in den Orkus. Der aufgeklärte Kreislauf »betreuen, erschlagen, bereuen« ist nicht außer Kraft gesetzt. Es gibt neue Herausforderungen aus der Biomedizin, und die Herrschaften vom assistierten Suizid reiben sich die Hände angesichts des neuen österreichischen Gesetzes. Ab 12 500 Euro ist man beim unterstützten Selbstmord dabei, in allen Bundesländern haben sich ÄrztInnen gefunden, die bei dem Geschäft mitmachen.

Wer für einen Badewannenlifter oder einen Elektro-Rollstuhl auf Spenden angewiesen ist, bekommt mit den meist viel zu geringen »Licht ins Dunkel«-Geldern den praktischen Nachweis, daß er oder sie zur menschlichen Ausschußware zählt. Nicht erst seit Adorno und Horkheimer, auch seit Franco Ba-

saglia, Nicola Cuomo und Adolf Ratzka zählt diese Einsicht zum weltweiten Standardwissen. Die »Licht ins Dunkel«-Betreiber in ORF und den Trägervereinen der Aktion wissen das natürlich auch, daher ihre offene Feindseligkeit gegenüber der UN-Behindertenkonvention, die Spendenhandel im Namen von behinderten Menschen ebenso wie Sonderschulen und den politischen Ausschluß von behinderten Menschen strikt verbietet. Um zu zeigen, wie aufopferungsvoll sich »Licht ins Dunkel« für seine »Schützlinge« einsetzt, füge ich hinzu, daß die Büroräume von »Licht ins Dunkel« erst seit heuer (!) barrierefrei erreichbar sind. Gerade rechtzeitig, zum 50. Geburtstag, hat man die Kurve gekratzt.

Mit der Mär vom Mißbrauch des Pflegegeldes fristeten jahrzehntelang politisch unbedarfte SozialpolitikerInnen in Nationalrat und Bundesländern ihre Tage. Eine Studie des Ökonomen Badelt belegte aber schon vor etlichen Jahren, daß es de facto kaum einen Mißbrauch dieser Sozialleistung gibt, und sollte doch einmal einer vorkommen, bietet das Pflegegeldgesetz die Möglichkeit für Sanktionen. Die immer wieder von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften unternommenen Versuche, das Pflegegeld abzuschaffen und durch Schecks zu ersetzen, lehnt Badelt ab. Wie kommt er zum Schluß, daß es keinen Mißbrauch gibt? Werfen wir einen Blick ins Gesetz: Das Pflegegeld stellt eine zweckgebundene Leistung zur teilweisen Abdeckung der pflegebedingten Mehraufwendungen dar, lautet der Text. Da die tatsächlichen Kosten für die Pflege das gewährte Pflegegeld übersteigen, kann es nur als pauschalierter Beitrag zu den Kosten der erforderlichen Pflege verstanden werden. Es ermöglicht den pflegebedürftigen Menschen eine gewisse Unabhängigkeit und einen längeren Verbleib in der ge-

wohnten Umgebung. *Das Zauberwort lautet: Geldzuschuß für die teilweise Abdeckung behinderungsbedingter Mehraufwendungen.* Das heißt, es ist relativ egal, was ein Bezieher des Pflegegeldes unternimmt – wenn es seine oder ihre Selbständigkeit erhöht, wurde es im Sinn des Gesetzes verwendet. Dies ist der Kern des Pflegegeldgesetzes, welches weltweit zu den fortschrittlichsten seiner Art zählt. Nach jahrelangem Kampf gelang es im Vorjahr, die Valorisierung des Pflegegeldes durchzusetzen, ein überfälliger Schritt. Die führende Person des Independent Living Movement, der in Stockholm lebende und selbst betroffene Adolf Ratzka, sagt dazu: *»In einer Gesellschaft, die sich auf Geld und Macht gründet, brauchen behinderte Menschen beides. Geld zur Abdeckung der Bedürfnisse und politische Macht zur Verteidigung der Position behinderter Menschen in der Gesellschaft.«*

Wir brauchen Geld und Macht, anders können wir im Kapitalismus nicht überleben und werden zum Opfer von paternalistischen und entmündigenden Spendenkampagnen, die ein falsches und ausschließendes Bild von behinderten Menschen in der Öffentlichkeit verfestigen. Wer ernsthaft an Inklusion arbeiten will, sollte dies endlich zur Kenntnis nehmen.

Zum Schluß, Sie werden mir das gar nicht zutrauen, auch ein gutes Wort. Die endlich erfolgte Valorisierung des Pflegegeldes ist eine gute Sache. Es war hoch an der Zeit, denn seit der Einführung des Pflegegeldes büßte dieses dreißig Prozent des Geldwerts ein.

Doch der Rückschritt naht sogleich: In einem Positionspapier der SPÖ-SoziallandesrätInnen vom August 2021 heißt es: *»Anstelle eines finanziellen Zuschusses muss das Pflegegeld ... zu einer Sachleistungsfinanzierung weiterentwickelt werden.«*

Statt des Pflegegeldes soll es Sachleistungen geben, was die behinderten Menschen der Willkür und dem Kommando der

Sozialhilfeorganisationen – darunter jene, die im »Licht ins Dunkel«-Vorstand sitzen – ausliefern würde. Der steinzeitliche Paternalismus ist in der Sozialdemokratie quietschlebig, der Weg vom jovialen »Laß dir einen Termin geben« zum frechen Querulanten ist kurz.

Wenden wir uns schließlich der großen diskriminierten Mehrheit zu: den Frauen. Seit Jahrzehnten verweigert – mit Ausnahme von Wien – auch die SPÖ in den Bundesländern eine Nachmittagsbetreuung der Kinder, was die Frauen in Teilzeitarbeit, die Abhängigkeit von Männern und künftige Altersarmut treibt.

Daß die SPÖ nicht in der Lage war und ist, die drückende Altersarmut von Frauen zu beseitigen, ist eine zum Himmel schreiende Schande nicht nur für den Sozialstaat, sondern für die Republik insgesamt. Hundert Jahre nach Adelheid Popp, Therese Schlesinger und Gabriele Proft ist die Altersarmut von Frauen weiterhin endemisch. Wo war Frau Heinisch-Hosek, die von 2009 bis 2021 die Positionen Frauenvorsitzende, Ministerin und Abgeordnete zum Nationalrat bekleidete? Nicht einmal ein leises Seufzen war von der Dame zu hören. Aber Johanna Dohnal wurde zu Jubiläumstagen lobend erwähnt. Warum schauen die SPÖ-Frauen in Gewerkschaft und Arbeiterkammer tatenlos dem Anwachsen der weiblichen Altersarmut zu? Fraktionsdisziplin? Mangelnder Mut? Bequemlichkeit? Der Verrat an der eigenen Klientel hat viele Namen.

In der Sozialpolitik waltet ein ehernes Gesetz: Das Erreichte muß immer wieder von Neuem erkämpft und verteidigt werden. Bei jeder neuen Stufe, die man nimmt, droht aber der Absturz in den Orkus. Das gilt auch für behinderte Menschen. Zuerst werden sie mitleidig betreut, dann werden sie erschlagen

oder totgespritzt und später wird das wieder bereut. Mitleidsspektakel wie »Licht ins Dunkel« übernehmen dann das Kommando im aufgeklärten Kreislauf des Sozialstaats. Werner Vogt hat in seinen Büchern und Vorträgen das alles vorausgesehen, man sollte sie zur Pflichtlektüre an Schulen und Hochschulen machen. Des weiteren sei daran erinnert, daß Werner Vogt als Pflegeanwalt der Stadt Wien von Partei und Gewerkschaft der Pflegebediensteten verbissen bekämpft wurde.

Allein die drei angesprochenen Politikfelder – Frauen, MigrantInnen, behinderte Menschen – radikal zu ändern würde die Sozialdemokratie in die Lage versetzen, im Kampf darum, ob Österreich eine rechtsradikale Hegemonie oder eine sozialstaatliche Orientierung erhält, zu bestehen und ihre Mission endlich zu verwirklichen – die Schwachen, Unwissenden und Unterdrückten zu fördern, anstatt deren Menschenrechte mit Füßen zu treten.

ÖVP – Die Krise als Lebensform

Allerorten wird Klage über den Niedergang der großen Volksparteien geführt. Ich klage nicht, ich stelle dar.

Um den Zustand der ÖVP zu beschreiben, muß man eine spezielle Literaturgattung bemühen, der Pitaval. Es handelt sich dabei um eine Sammlung von Strafrechtsfällen, die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts von François Gayot de Pitaval, Advokat und Mitglied des Obersten Gerichtshofs unter Ludwig XIV., zusammengetragen wurde und in zwanzig Bänden erschien. Nicht nur Friedrich Schiller schätzte die Sammlung. Pitaval gilt als einer der Wegbereiter der Französischen Revolution. Viele Schriftsteller beeilten sich, im neuen Genre zu pro-

duzieren; Egon Erwin Kisch war ein Meister des Pitavals.

Natürlich ist die ÖVP mehr als ein Betrieb zur Auslastung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft; sie erfüllt auch andere Aufgaben, und das verlässlich. Zum einen bündelt sie die immer diverser werdenden Interessen der Bundesländer, wobei die drei mächtigsten Bünde, Wirtschaftsbund, Bauernbund und ÖAAB, den Ton angeben. Die drei restlichen Bünde, Frauen, Junge ÖVP und Senioren, spielen politisch nicht einmal eine Nebenrolle. Erstaunlich ist die nach wie vor zentrale Rolle des Bauernbunds, hinter welchem die Kirche und der Raiffeisenkomplex sich aufbauen. Nicht einmal zwei Prozent der Bevölkerung arbeiten als selbständige Bauern und Bäuerinnen in der Landwirtschaft. Und doch ist der ÖVP-Bauernbund neben dem Wirtschaftsbund der bestimmende Faktor in der ÖVP, die seit eh und je als eine Holding über den Bünden und den Landesorganisationen fungiert – auch hier eine Parallele zur Raiffeisenholding. ÖVP-Mitglied ist man nicht, weil man ein Parteibuch der Bundespartei hat, solche Parteimitglieder gibt es keine zwei Dutzend, sondern weil man als Mitglied eines großen Bundes automatisch zum ÖVP-Mitglied wird.

Die Bünde wurzeln tief im ständischen Gedanken, der im Austrofaschismus nicht erfunden wurde, aber in den Jahren ab 1933 eine Hochblüte erlebte. Der ständische grüne Faschismus Österreichs trat gegen den großindustriellen braunen Faschismus des Dritten Reiches an; als »besserer deutscher Staat«, als einigermaßen bekloppter »Konkurrenzfaschismus«, wie er in Berlin gesehen wurde. Daß diese Anmaßung scheitern mußte, hatten die Legitimisten ebenso verstanden wie die führenden Köpfe der Arbeiterbewegung. Die monarchieseligen Aristokraten konnten und wollten ihren Standesdünkel gegenüber den Proleten aber nicht ablegen, eine ernsthafte Kooperation mit

der Arbeiterschaft zur Bekämpfung des Faschismus kam nicht in Frage. Das ständische Erbe des Austrofaschismus sorgt noch heute dafür, daß weltoffene und inklusive Kulturtechniken weiterhin einen Bogen um das Land machen, während politische Verfallserscheinungen wie ein omnipräsenter Nepotismus blühen und gedeihen.

Werter Dozent!

In diesem Zusammenhang dürfen wir die Augen nicht vor den jüngsten Entwicklungen im Medienbereich verschließen. Nicht nur gelang es der ÖVP ohne große Kraftanstrengung, den ORF-Generalintendanten aus dem unerschöpflichen Reservoir der niederösterreichischen VP an der Spitze des öffentlich-rechtlichen Senders zu installieren, auch die Presseförderung für private Medienunternehmen wie Servus TV, den deutschen Konzern ProSiebenSat1 und das Medienhaus Fellner mit seinem Fernsehkanal und der Tageszeitung *Österreich* wurden teils massiv aufgestockt. *Profil*, das langjährige Flaggschiff des kritischen Journalismus, wurde von Raiffeisen und der ÖVP leckgeschossen und wird fortan als verlängerter Arm von *Presse*, *Kronen Zeitung* und *Kurier* geführt. Dafür spricht die Inthronisation einer Redakteurin der großen konservativ-bürgerlichen Tageszeitung *Die Presse* aus dem Styria Konzern (hinter welchem wiederum die Diözese Graz-Seckau steckt) als Chefredakteurin. Gleichzeitig übt Richard Grasl, auch er ein Kind der niederösterreichischen Volkspartei, sowohl im *Kurier* als auch im *Profil* die Rolle des Geschäftsführers aus. Das wäre so, als Übernahme die konservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung* den *Spiegel*.

Daß René Benko mit 25% an der Kurier-Krone-Profil-Trend Holding beteiligt ist, sei nur der guten Ordnung halber erwähnt. Die Medienmacht vor allem der niederösterreichischen

und der steirischen Volkspartei ist erdrückend. Das Medienhaus der Wiener SPÖ kann da nicht mithalten. Raiffeisen- und industriekritische Artikel wird man im schwarzen Mediencluster weiterhin vergebens suchen. Das österreichische Großkapital hat seine Medienpräsenz für die nächsten Jahrzehnte abgesichert, aufmüpfige Journalisten und Journalistinnen haben darin keinen Platz mehr. Sie werden mit Golden Handshakes verabschiedet oder auf das Nebengleis einer zukünftigen Journalistenakademie verschoben, die rund um den Torso *Wiener Zeitung* geschaffen werden soll. Kritischer Journalismus findet künftig außer im *Standard* nur mehr im *Falter*, in der ZIB-2-Redaktion und in manchen Ö1-Journalen statt. Fragt sich, wie lange letztere noch durchhalten.

Vor Weihnachten wurde bekannt, daß der größte deutsche Privatsender, die in Bayern dislozierte ProSiebenSat1-Gruppe, die in Österreich unter anderem die TV-Kanäle Puls 24 und ATV betreibt, von Silvio Berlusconi Medienkonzern MFE übernommen werden soll. Die Dementis des bayrischen Ministerpräsidenten sind derart, daß von einem erfolgreichen Coup auszugehen ist. Commentatore Berlusconi wird bald in Österreichs Medienlandschaft mitmischen, ein großer Gewinn für die Meinungsfreiheit in diesem Land.

Bleibt als restlicher nennenswerter Konkurrent Dietrich Mateschitz' Red Bull Medienhaus in Stadt Salzburg und Fuschl am Wolfgangsee. Der Servus TV-Sender hat in den vergangenen Jahren eine rechte Nische besetzt und baut diese seither zielstrebig aus. Der ehemalige Presse-Chefredakteur Michael Fleischhacker gibt das seriöse Aushängeschild, die Senderlinie und die Einladungslisten für die Talk Shows bestimmt aber Intendant Ferdinand Wegscheider, ein Salzburger Lokaljournalist, der sich als Kanzelredner vom Schläge eines Abraham a Sancta Clara in-

szeniert und wie dieser keine Gelegenheit für reaktionäre und antisemitisch grundierte Pointen ausläßt. Servus TV bietet Rechtsradikalen und Identitären gern eine Bühne und garniert deren Auftritte mit allerlei Personal aus der esoterischen und Weltverschwörerecke. Manchmal verirren sich sogar untadelige Linksbürgerliche in die Runde, die aber stehen auf verlorenem Posten, solange Moderator Fleischhacker die Wortmeldungen steuert. Am Höhepunkt der Corona-Pandemie bot Servus TV den reaktionärsten Maßnahmengegnern immer wieder ein Podium. Der Doppelpaß FPÖ-Servus TV funktionierte glänzend. Mit seriösen Sportreportagen, die von kompetenten Kommentatorinnen und Moderatoren (Formel 1, Fußball) bestritten werden, eroberte Servus TV mit hohem Geldeinsatz ein breites Stammpublikum. Red-Bull-eigene Fußballklubs in Salzburg, Leipzig und New York sowie Fußballakademien in Afrika und Südamerika vergrößern nicht nur die Marktpräsenz von Red Bull, sondern auch die Strahlkraft des Medienkonzerns. Dasselbe gilt für die Motorsportaktivitäten, wo Red Bull zwei Formel-1-Rennställe betreibt und mit KTM als Partner die Motorradweltmeisterschaft aufrollt.

Nur die Ausflüge ins investigative Fach sind dem Medienhaus immer wieder mißlungen. Das mit viel Aufwand produzierte Recherchemagazin *Addendum* brachte umfangreiche Reportagen über die »Salzburger Holzmafia« der Familien Kaindl und Schweighofer und der Tiroler Familie Egger/Kronspan mit mehr als zehntausend Mitarbeitern. Die Holzverarbeitenden Konzerne werden beschuldigt, in großem Stil ukrainische und rumänische Urwälder abzuholzen. Schlagartig wurde das Magazin von Dietrich Mateschitz eingestellt. Mit Salzburger Geschäftsfreunden wollte der Salzburger Heimatkonzern sich nicht anlegen. Das Magazin *Pragmaticus* stellt einen neuen An-

lauf im Magazinjournalismus von Red Bull Mediahouse dar. Man ist vorsichtiger geworden und publiziert nur Autoren und Autorinnen des Mainstreams und rechter Diskurse. Das Feld der kritischen Reportage bleibt unbestellt. Und man wundert sich über Autoren wie Michael Köhlmeier, die man in anderen Medienerzeugnissen vermuten würde.

Vom Meister der Regionen zum Sargnagel der Demokratie – der österreichische Föderalismus

Verehrter Dozent!

Eine Darstellung des politischen Systems wäre ohne eine Erwähnung des Föderalismus unvollständig. Die Landeshauptleutekonferenz ist ein informelles, von der Verfassung nicht vorgesehenes Treffen der neun Landeshauptleute. Sie ist neben dem bedeutungslosen Bundesrat, der zweiten Parlamentskammer, das politisch wichtigste Gremium der Länderzusammenarbeit. Ihre Bedeutung zeigt sich auch darin, daß, obwohl sie formell nicht existiert, zahlreiche Rechtstexte auf sie verweisen. Landeshauptleutekonferenzen finden halbjährlich statt und stimmen die Interessen der Länder gegenüber dem Bund ab. Ein Nachhall des jahrhundertealten Kampfes der Stände gegen die Dynastie. Der Vorsitz wechselt halbjährlich. Neben den regulären Sitzungen wird die Landeshauptleutekonferenz bei dringenden Anliegen auch zu außerordentlichen Treffen einberufen. Als Geschäftsstelle der Konferenz fungiert die Verbindungsstelle der Länder in der Schenkenstraße hinter dem Burgtheater. Eine schriftlich fixierte Geschäftsordnung fehlt. Die Landeshauptleutekonferenz faßt Beschlüsse nur einstimmig. Diese werden aufgrund des informellen Charakters der

Treffen nicht veröffentlicht, sondern nur den Teilnehmern und der Bundesregierung, soweit sie davon betroffen ist, zugänglich gemacht. Die Beschlüsse sind rechtlich unverbindlich, entfalten aber eine beachtliche politische Wirkung. Die Landeshauptleutekonferenz ist die *Hidden Agenda* der sehr formalen österreichischen Demokratie. Man könnte auch sagen, sie ist ein wichtiger Teil des *tiefen Staats*.

Besondere Bedeutung kommt der Konferenz beim Finanzausgleich Bund–Länder–Gemeinden zu, der unter anderem die Gesundheitsfinanzierung regelt. Derzeit sind Bestrebungen im Gange, beim heuer anstehenden Finanzausgleich die Aufteilung der Budgetmittel mit 53% Bund, 30% Länder und 17 % Gemeinden (2020) zu Lasten des Bundes zu verändern.

Werter Dozent!

Beim EU-Beitritt hieß es, durch ihn werde eine Verwaltungs- und Entscheidungsebene obsolet, da viele Fragen eben auf EU-Ebene entschieden werden. Tatsächlich erweiterten sich die Entscheidungsebenen von drei auf vier und von einer Verwaltungsvereinfachung kann wie bei der Zusammenlegung der Gesundheitskassen nicht die Rede sein. Wie weit die österreichischen Bundesländer sich, neun Fürstentümern gleich, vom Zentralstaat entfernt haben, zeigt sich daran, daß sie in Brüssel veritable Botschaften mit repräsentativen Gebäuden, Personal und nicht geringem Budget unterhalten. Der Botschafter der Republik fragt auch immer brav bei den Ländern nach, bevor er sich öffentlich zu Wort meldet, sein Kollege, der Außenminister tut es ihm gleich. Österreichs Beitritt zur EU führte also zu einer Stärkung der zentrifugalen Kräfte in Österreich.

Der frühere steirische Wirtschaftslandesrat Gerhard Hirschmann (1993-2003), ein Vertreter des damals noch vorhandenen

innovativen Flügels der steirischen ÖVP, schlug anstelle einer nicht durchsetzbaren Bundesstaatsreform vor, den österreichischen Länderteppich auf drei Regionen, West, Süd und Ost zu konzentrieren. Somit könnten sechs Landesregierungen samt ihren Hofhaltungskosten einer sinnvollen Verwertung zugeführt werden. Ich füge hinzu: Mit dem Geld könnte man die *Wiener Zeitung* und den *Augustin* retten, und es bliebe noch genug übrig, um neben der Therme Oberlaa eine Abfahrtsstrecke für den alpinen Schiweltcup zu errichten. Vielleicht ginge sich im ausgetrockneten Neusiedlersee auch ein Formel 1 Kurs mit großzügig bemessenen Sturzräumen aus.

Teil III

Die Neutralität – Ein Nachruf zu Lebzeiten

Geschätzter Mann der Wissenschaft!

1956 beschloß die österreichische Bundesregierung per Gesetz, sich »aus freien Stücken« einer »immerwährenden« Neutralität zu verpflichten. Österreich galt unter Nachkriegshistorikern, die häufig einen NS-Hintergrund – sei es als Parteimitglied oder als sympathisierende Mitläufer – aufwiesen, nicht als eigenständige Nation. »National« hieß deutschnational. Für die FPÖ ist Österreich auch heute keine eigenständige Nation, sondern eine »deutsche Kulturnation«.

Daß die FPÖ jetzt in den Umfragen als stärkste Partei ausgewiesen wird, zeigt, daß das alte politische Mühlrad – die FPÖ braucht dem Treiben einer skandalgebeutelten ÖVP und einer schlafenden SPÖ nur zuzusehen, die Stimmprozente fallen ihr in den Schoß – sich wieder dreht. Haider's Erbe ist fruchtbar, es besteht darin, daß Protest in Österreich rechts bis rechtsextrem ist, ein Faschismus des Möglichen. Einzig der steirischen und der Grazer KPÖ (28,8 % bei den Gemeinderatswahlen der zweitgrößten Stadt Österreichs mit 335.000 Einwohnern und der Eroberung des Bürgermeisterpostens durch Elke Kahr) gelang es, diesen Mechanismus zu durchbrechen und FPÖ ebenso wie SPÖ in Graz zu marginalisieren. Auch in Linz, Salzburg und Krems gelangen den Kommunisten Einbrüche ins politische Gefüge und zeigten, daß der Zug zur FPÖ kein Naturgesetz ist.

Daß die Freiheitlichen sich hinter einem aggressiven Österreichpatriotismus verstecken, ist ein historischer Treppenwitz. Just jene Partei, die als deutschnationaler Abkömmling der NS-DAP die Neutralität bis in die neunziger Jahre bekämpfte und den Beitritt zur NATO forderte, was in den Augen der FPÖler einem erneuten Beitritt zu Großdeutschland gleichgekommen

wäre, lehnte die Staatsauffassung einer österreichischen Nation immer ab; jetzt gibt sie sich als leidenschaftliche Verteidigerin der Neutralität und segelt damit in der selben Flotte wie katholisch-bäuerliche und Teile der linksliberalen städtischen Bürgerschichten. Dabei wissen die meisten Österreicher nicht, was die Neutralität tatsächlich ausmacht: militärische Enthaltbarkeit bei Konflikten und Bündnisfreiheit. Bei vielen erschöpft sich die Kenntnis dieses staatspolitischen Konzepts in der Annahme, daß Österreich im Kriegsfall keine Atomwaffen einsetzen wird, zumindest nicht als erster.

Die Idee der Eigenständigkeit der österreichischen Nation bildete sich erst nach 1945 heraus und war ironischerweise von den aristokratischen Derivaten einer supranationalen Dynastie und einer bis 1918 kaisertreuen reformistischen Arbeiterbewegung getragen. In zwei Artikeln im März und April 1937 in *Weg und Ziel* begründete der kommunistische Historiker Alfred Klahr als erster die Existenz einer österreichischen Nation: »Die Auffassung, daß das österreichische Volk ein Teil der deutschen Nation ist, ist theoretisch unbegründet. Eine Einheit der deutschen Nation, in der auch die Österreicher miteinbezogen sind, hat es bisher nie gegeben und gibt es auch heute nicht. Das österreichische Volk hat unter anderen wirtschaftlichen und politischen Lebensbedingungen gelebt als die übrigen Deutschen im Reich und daher eine andere nationale Entwicklung genommen.«

Klahr verwies auf unterschiedliche Entwicklungswege in Ökonomie und in den ideologischen Strukturen, um die Unterschiede zwischen einer deutschen und einer österreichischen Nation aufzuzeigen. Jahre später deckten sich seine Schlussfolgerungen mit den alliierten Nachkriegsplänen, die im Oktober 1943 in der Moskauer Deklaration beschlossen wurden und die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreich vorsahen. Der österreichische Schriftsteller Robert Menasse bemerkte dazu, daß es in Österreich nach 1945 keine Mehrheit gab, die der Idee einer

österreichischen Nation zugestimmt hätte. Es habe auch kein historisch gewachsenes, dann aber verschüttetes Nationalgefühl gegeben, das man reaktivieren hätte können: »Das einzige, das es gab, waren die theoretischen Vorarbeiten österreichischer Kommunisten, die ... die Existenz einer österreichischen Nation wissenschaftlich zu begründen versucht hatten, wie, um nur ein Beispiel zu nennen, Alfred Klahr. Diese Ideen wurden außen- und innenpolitisch konsequent umgesetzt und führten, wie wir wissen, tatsächlich zur Unabhängigkeit Österreichs, zu einem österreichischen Nationalgefühl und zu einer internationalen Anerkennung Österreichs als eigenständiger Nation.«

Klahr gelang im Juni 1944 mit Hilfe polnischer Genossen die Flucht aus dem KZ Auschwitz. Er hatte den Auftrag, den Lagerwiderstand mit der Roten Armee zu verbinden. In Warschau wurde er von einer SS-Streife aufgegriffen und erschossen.

Daß die Idee der österreichischen Nation mittlerweile in der Bevölkerung und den Parteien (mit Ausnahme der FPÖ) weitgehend akzeptiert ist, geht wesentlich auf die anfangs als aufgezwungen empfundene Neutralität zurück. Sie bildet den völkerrechtlich anerkannten Überbau zur Erfolgsgeschichte des nach dem Krieg bitterarmen Landes, welches sich als Begegnungs- und Verhandlungsort der beiden großen Staatenblöcke etablierte und mit Hilfe einer balancierten Außenpolitik und der Verankerung Wiens als dritte UNO-Stadt ein elastisches Geschäftsmodell zwischen den Staatenblöcken entwickelte.

Auf dem Weg zur internationalen Anerkennung der österreichischen Neutralität spielte das Treffen Kennedy-Chruschtschow im Juni 1961 in Wien eine wichtige Rolle. Die *New York Times* freute sich, dass das Gipfelergebnis »etwas besser als erwartet« sei. Die *Prawda* schrieb von einem »guten Auftakt«, der die »friedliebenden Menschen mit neuer Hoffnung erfülle«. Und der spätere Chefkomentator des ORF, Hugo Portisch, damals Chefredakteur des *Kurier*, stellte fest, dass

eine friedliche Koexistenz zwischen Ost und West möglich sei, wenn man die Einflussphären des jeweils anderen respektiere.

Die Neutralität war der Geburtshelfer der Zweiten österreichischen Republik. Aber anstatt das staatspolitische Kind zu fördern und zu schützen, betrieb Österreich mit ihr recht bald eine riskante Schaukelpolitik. Anfangs verfolgte man noch eine aktive Neutralitätspolitik und trat noch im Jahr des Staatsvertrags 1955 den Vereinten Nationen bei. Österreich verhielt sich damit konträr zur neutralen Schweiz. Deren Beitritt zur UNO erfolgte aus Rücksichtnahme auf die seit dem Wiener Kongreß – mit Unterstützung von Staatskanzler Metternich – verfolgte Neutralität erst im Jahr 2002, und das obwohl in der Schweiz zahlreiche UNO-Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation WHO, die Internationale Arbeitsorganisation ILO und andere ihren Sitz haben.

In den siebziger Jahren wurde Wien gegen den erbitterten Widerstand der ÖVP durch die Errichtung der UNO-City und des Internationalen Konferenzzentrums (1979) zur weltweit dritten UNO-Stadt. Die Regierung Kreisky (1970 bis 1983) war der Auffassung, daß die Ansiedlung der UNO und internationaler Organisationen wichtiger sei als die Aufrüstung des Bundesheers. Sie wurde darin vehement von der ÖVP bekämpft, die mit einem Volksbegehren gegen den Bau des Konferenzzentrums in der UNO-City vorging und einen seltsamen Widerspruch zwischen einer proamerikanisch-atlantischen Linie mit dem Ziel eines NATO-Beitritts und einer isolationistischen Orientierung der österreichischen Bourgeoisie offenlegte. In der Folge reichte der Spagat der österreichischen Neutralitätspolitik von einer aktiven Außenpolitik besonders im Nahostkonflikt in den 70er-Jahren bis hin zu einer Reihe schwerwiegender Verletzungen der selbstauferlegten Neutralität besonders in den letzten Jahren.

Bereits der Beitritt zur EU, dem bald vielfältige Teilnahmen des Bundesheers an NATO-Programmen folgten, schränkte laut Analysen österreichischer Militärs und Völkerrechtler die Neutralität maßgeblich ein. Dieser Prozeß hat sich mit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs beschleunigt. Im Gegensatz zur Schweiz, die sich mit dem Hinweis auf ihre Neutralität weigert, Artilleriemunition an die Ukraine zu liefern, hat Österreich da weniger Skrupel. 1999 benützte die von den USA geführte NATO-Koalition im Kosovokrieg für ihre Luftangriffe in Serbien den österreichischen Luftraum, obwohl Österreich dies nicht gestattet hatte. Es gab keine Konsequenzen. Neben der Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden (1994) mit der NATO und diversen EU-Battlegroups beteiligt sich das österreichische Bundesheer auch regelmäßig an gemeinsamen Gefechtsübungen, hauptsächlich mit der deutschen Bundeswehr.

Mehrfach erregte Österreich wegen des Verkaufs von Waffen und Munition (über Umwege) an kriegführende Staaten Aufmerksamkeit. So zum Beispiel im Ersten Golfkrieg, als Österreich, die Neutralität flagrant verletzend, beiden Kriegsparteien, den Irak und den Iran, mit weitreichenden österreichischen GHN-45-Kanonen, die bei der Voest Alpine in Liezen produziert wurden, ausstattete. Im Zuge des mühsam vertuschten internationalen Skandals um die »Durchlässigkeit« der österreichischen Neutralität kam es zu einigen ungeklärten Todesfällen im Umkreis der handelnden Politiker, Rüstungsmanager und Diplomaten. Die gehäuften Todesfälle wurden nicht weiter untersucht. Der Kanonendeal wiederholte sich in leicht abgewandelter Form, als Österreich amerikanische Panzerhaubitzen über Lettland an die Ukraine lieferte. Alles neutralitätskonform, selbstverständlich.

Als Kroatien 1990 seine Unabhängigkeit erklärte, ohne dem serbischen Bevölkerungsteil Minderheitsrechte zuzugestehen, war Österreich ganz vorn dabei, obwohl Frankreich Sturm gegen die Parteinahme Österreichs lief. Unbeschadet der Tatsache, daß jedermann wußte, daß diese Form der Exklusion des zweiten großen jugoslawischen Staatsvolkes zum Krieg führen mußte, tummelten sich gleich fünf der neun österreichischen Landeshauptmänner und der österreichische Außenminister Alois Mock unter den begeisterten Kroatien-Fans, als wäre es ihre Rache an Sarajevo und den Serben. Daß der Anteil alt- und jungfaschistischer Ustaschaleute bei dem Separationsmanöver hoch war, kümmerte die Österreicher nicht, man betete den Krieg förmlich herbei. Der österreichische Philosoph Rudolf Burger nannte Außenminister Mock in einem vielbeachteten Text einen »kriegsgeilen Kiebitz« und war daraufhin in führenden Wiener Kreisen Persona non grata.

Eine Umfrage in der Schweiz und in Österreich nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs ergab, daß die Bevölkerung in beiden Staaten an der Neutralität festhält und sich für die militärische Verteidigung ausspricht. Im Gegensatz dazu wird von Experten der Landesverteidigungsakademie Wien eingewandt, daß die österreichische Neutralität im strengen Sinn nicht mehr bestehe. Die Beziehungen von EU und NATO würden künftig noch enger werden. Schließlich gebe es seit 2003 eine »strategische Partnerschaft«. Die Vereinbarung erlaube der EU den Rückgriff auf NATO-Mittel und -Kapazitäten, um eine militärische Operation durchzuführen. Verteidigungsministerin Klaudia Tanner ließ am 16. November 2022 verlauten, Österreich solle am geplanten Raketenabwehrsystem »Sky Shield« von NATO und EU teilnehmen.

Geschätzter Dozent!

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf zwei führende Offiziere des Bundesheers lenken: Der eine heißt Striedinger und ist Chef des Generalstabs. Im Oktober 2022 wurde er zur Neutralität befragt. Wir wissen, daß die Österreicherinnen und Österreicher sehr positiv über die Neutralität denken, antwortete er. Wenn es so ist, dann machen wir das Beste draus. Als die Profil-Reporterin meinte, das klinge nicht danach, daß Striedinger die Neutralität in seinem Herzen trage, erwiderte er, daß er dazu eine private Antwort geben könne. Als Generalstabschef aber laute die Antwort: »Wir haben die Neutralität, wie sie ist, und wir machen das Beste draus.«

Halten wir fest: Österreich hat einen Generalstabschef, dem die Neutralität lästig ist. Werfen wir einen Blick auf seinen Vorgänger als Generalstabschef, Robert Brieger. Der hohe Offizier ist seit Mai 2022 Vorsitzender des Militärausschusses der Europäischen Union. Er diente unter anderem in der Panzerkaserne Mautern. Auslandserfahrung sammelte er bei der Bundeswehr und am NATO Defense College in Rom sowie als Kommandant des österreichischen Kontingents im Kosovo und der EUFOR-Truppe in Bosnien und Herzegowina. Brieger verdankt seine damalige Beförderung zum Chef des Generalstabs dem FPÖ-Verteidigungsminister Kunasek, dessen Grazer Gemeinderäte sich derzeit wegen der Beraubung öffentlicher Kassen gegenseitig ausschließen. Damals bezeichnete General Brieger die »Massenmigration« als größte Bedrohung für Österreichs Sicherheit. Weiters trat er für eine massive Stärkung des Bundesheers, insbesondere der Hubschrauberflotte, ein. Die Sache läuft: 36 italienische Leonardo-Hubschrauber wurden bestellt, einer bereits übergeben. Daß Briegers Vorgänger im europäischen Militärjob ein italienischer General namens Claudio Graziano war (heute ist der Mann Vorstandsvorsitzender des

großen verstaatlichten italienischen Schiffbaukonzerns Fincantieri), wird der guten Sache nicht geschadet haben. Wir können beruhigt schlafen, verehrter Freund. Die Neutralität ist bei den führenden Offizieren des Bundesheers in besten Händen.

Der große Romancier Michael Scharang wies immer wieder darauf hin, daß »immerwährend« in Österreich eine Zeitspanne von rund dreißig Jahren umfasse. Damit wäre die »immerwährende Neutralität« bereits um 1985 historisch erledigt gewesen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Seither schauen wir ihm beim Sterben zu.

Verehrter Freund!

Sie kennen mein Lieblingsbuch *Jacques der Fatalist und sein Herr*. Immer wenn Jacques in den Disputen mit seinem Arbeitgeber in die Enge getrieben wird, flüchtet er sich in den Satz: »So steht es da oben geschrieben.« Ich habe den Spruch angepaßt. Er lautet jetzt: »Der Strom wird es weisen.«

Ich komme zum Ende und hoffe, daß die Skizzen über Österreich für Sie brauchbar sind. Ich wünsche eine gute Vorlesung und beschwingte Hörerinnen und Hörer. Ich öffne nun die *Bordelle Glück* und stoße auf Sie an. Immer eine Handbreit Wasser unterm Kiel wünscht

Ihr G.

Hör!Spiel! Festival 6.–16.3.

6.3. *Laut & Sprachen I*: 19.00 **Jörg Piringer** über **Lily Greenham** // 20.00 **Elke Schipper, Michael Griener** • 7.3. *Laut & Sprachen II*: 19.00 **Heike Fiedler** über **Franz Mon** // 20.00 **Heike Fiedler** 12.–13.3. Hörspielpor­trät **Ror Wolf** mit **FALKNER, Daniel Wisser** • 14.3. **Amir Gudarzi, Nika Judith Pfeifer, Bruno Pisek** • 16.3. **Helmut Peschina**

Donnerstag 2.3. 19.00 **Birgit Birnbacher** • Donnerstag 9.3. 19.00 **Clemens J. Setz** • Montag 20.3. 19.00 *Grundbücher seit 1945*: **Oswald Wiener** • Dienstag 21.3. 19.00 **Lukas Meschik, Josef Oberhollenzer** • Donnerstag 23.3. 19.00 **Bodo Hell, Erwin Einzinger** • Montag 27.3. 19.00 **Leander Fischer, Bastian Schneider** • Dienstag 28.3. 19.00 **Elena Messner, Anna-Elisabeth Mayer** • Donnerstag 30.3. 19.00 **Paul Divjak, Thomas Sautner, Egyd Gstättnner** • Freitag 31.3. 17.00 *Freitagsgespräch*: **Maria Mayrhofer & Oliver Scheiber** • Dienstag 11.4. 19.00 **Hanno Millesi, Thomas Stangl** • Donnerstag 13.4. 19.00 **Herbert J. Wimmer, Lisa Spalt** • Montag 17.4. 19.00 Lettre International: **Frank Berberich** • Dienstag 18.4. 19.00 *Grundbücher seit 1945*: **Annemarie Selinko** • Mittwoch 19.4. & Donnerstag 20.4. 18.00 Ein Abend für **Franz Schuh I & II** • 21.4. 17.00 *Freitagsgespräch*: **Erwin Riess & Walter Famler** • Montag 24.4. 19.00 **Lydia Mischkulnig, Brigitte Schwens-Harrant, Christa Zöchling**

Musikprogramm der Alten Schmiede 03/04 2023

Mittwoch, 1.3. Kammermusik: **Caroline Mayrhofer** (Blockflöte), **Ivana Pristašová** (Violine, Viola), **Petra Ackermann** (Viola) • Freitag 3.3. Kammermusik: **Quasars Ensemble** • Mittwoch, 8.3. Kammermusik: **Ensemble N** • Freitag 10. 3. Kammermusik: **4saxess** • Mittwoch, 15. 3. Kammermusik: **Ensemble Tris** • Freitag 17.3. Kammermusik: **Spectrum Saxophonquartett** • Mittwoch, 22.3. Kammermusik: **Mobilis Saxophonquartett** • Freitag 24. 3. Solo: **Flora Geißelbrecht** (Viola, Stimme) • Mittwoch 29.3. Elektronische Musik: **Klaus Filip & Vinzenz Schwab** (Elektronik) • Freitag 31.3. Kammermusik: **Joanna Ruseva** (Violine), **Stefan Neubauer** (Klarinette) • Mittwoch 5.4. Solo: **Samuel Toro Pérez** (E-Gitarre) • Mittwoch 12.4. Kammermusik: Kompositionswerkstatt **Andrija Pavlich** (Leitung) • Freitag 14.4. Instrument & Elektronik: **Paquito Ernesto Chiti** (Horn), **Peter Trabitersch** (Elektronik) • Freitag 21.4. CD-Präsentation: **Gobi Drab** (Blockflöte, Stimme), **Margarethe Maierhofer-Lischka** (Kontrabass, Stimme) • Mittwoch 26.4. Vokalmusik: **Risako Hiramatsu** (Sopran), **Elias Gillesberger** (Klavier) • Donnerstag 27.4. Jazz: **Ingmar Jenner** (Violine), **Borut Mori** (Akkordeon) • Freitag 28.4. Improvisation: **Sylvia Bruckner** (Klavier) **Beginnzeiten jeweils 19.00**

Für Freixemplare der Sichel senden Sie bitte ein ausreichend frankiertes und adressiertes Rücksendekuvert unter Angabe der gewünschten Stückzahl an die Redaktionsadresse: Alte Schmiede / Schönlaterngasse 9 / 1. Wien